

Univerzita Karlova v Praze

Filozofická fakulta

Ústav germánských studií

Bakalářská práce

Marek Lang

Finanční vyrovnaní v Německu

Finanzausgleich in Deutschland

Vedoucí práce: Boris Blahak, M.A.

2013

Ich bedanke mich herzlich bei Herrn Boris Blahak, M.A. für sein freundliches Entgegenkommen und für seinen intensiven Einsatz bei Betreuung meiner Bachelorarbeit.

Prohlašuji, že jsem bakalářskou práci vypracoval samostatně, že jsem řádně citoval všechny použité prameny a literaturu a že práce nebyla využita v rámci jiného vysokoškolského studia či k získání jiného nebo stejného titulu.

V Praze dne 21. 7. 2013

Marek Lang

Abstrakt (česky):

Tato bakalářská práce pojednává o každoročním finančním vyrovnání ve Spolkové republice Německo. V první teoretické části jsou vysvětleny mechanismy, pomocí kterých jsou přerozdělovány finanční prostředky mezi jednotlivé spolkové země. Je detailně představeno finanční vyrovnání v roce 2012. Druhá praktická část se zabývá analýzou současného diskurzu kolem podání žaloby proti dosavadnímu systému finančního vyrovnání k Spolkovému ústavnímu soudu a reakcemi dvou nejsilnějších politických stran v SRN na ni. Je rovněž zkoumáno, do jaké míry se v rámci obou politických stran překrývají zájmy spolkových zemí se zájmy celoněmecky ustanovenými.

Abstract (auf Deutsch):

Diese Bachelorarbeit beschäftigt sich mit dem alljährlichen Finanzausgleich in der Bundesrepublik Deutschland. Im ersten theoretischen Teil werden die Mechanismen erläutert, mit Hilfe derer die Finanzmittel unter einzelne Bundesländer verteilt werden. Der Finanzausgleich im Jahre 2012 wird detailliert vorgestellt. Der andere praktische Teil befasst sich mit einer Analyse des aktuellen Diskurses um die Einreichung der Klage gegen die jetzige Gestaltung des Finanzausgleichs beim Bundesverfassungsgericht und mit den Reaktionen der zwei größten politischen Parteien in der BRD auf die Klage. Es wird ebenfalls untersucht, inwieweit sich im Rahmen beider politischen Parteien die Länder- und Parteiinteressen decken.

Abstract (in English):

This bachelor thesis deals with the annual equalization payment system in the Federal Republic of Germany. The first theoretical part is concerned with the mechanisms, by means of which the funds are allocated to the single federal states. The financial equalization of the year 2012 is presented in detail. The second practical part looks into an analysis of the present discourses on the legal action against the current equalization payment system with the Federal Constitutional Court and also into the reaction of the two major political parties on the legal action. It is also examined to which extent the interests of both of the political parties in the federal states correspondent with the Germany-wide ones.

Klíčová slova (česky):

Spolková republika Německo (SRN), finanční vyrovnání, federalismus, daně, Křesťanskodemokratická unie Německa (CDU), Křesťansko-sociální unie Bavorska (CSU), žaloba proti finančnímu vyrovnání, Bavorsko, Hessen, Badensko-Württembersko, Sasko, Berlín, solidarita, sociální politika, hospodářská politika

Schlüsselwörter (auf Deutsch):

Die Bundesrepublik Deutschland (BRD), Finanzausgleich, Föderalismus, Steuern, Die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU), Die Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU), Klage gegen Finanzausgleich, Bayern, Hessen, Baden-Württemberg, Sachsen, Berlin, Solidarität, Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik

Key words (in English):

The Federal Republic of Germany (BRD), equalization payment system, federalism, taxes, The Christian Democratic Union of Germany (CDU), The Christian Social Union of Bavaria (CSU), legal action against the equalization payment system, Bavaria, Hesse, Baden-Württemberg, Saxony, Berlin, solidarity, social policy, economic policy

Inhalt

1. Einleitung.....	9
2. Ziele der Bachelorarbeit.....	10
3. Deutschland als föderaler und sozialer Staat	11
4. Finanzverfassung der BRD	12
5. Finanzausgleich in der BRD.....	13
5.1 Ziele des Finanzausgleichs	14
5.2 Formen des Finanzausgleichs	15
5.2.1 Passiver und aktiver Finanzausgleich	15
5.2.2 Horizontaler und vertikaler Finanzausgleich	15
5.3 Aufgabenverteilung.....	16
5.3. 1 Bund-Aufgaben.....	16
5.3.2 Bundesländer-Aufgaben	16
5.3.3 Gemeinschaftsaufgaben	17
5.3.4 Gemeinden-Aufgaben.....	18
5.4 Einnahmenverteilung	19
5.4.1 Trenn- und Verbundsystem	19
5.4.2 Gemeinschaftsteuern	19
5.4.3 Bundessteuern	20
5.4.4 Landessteuern	20
5.4.5 Gemeindesteuern.....	21
5.4.6 Zusammenfassend zu Steuern	22
5.4.7 Steuerspirale 2007.....	23
5.5 Durchführung des Finanzausgleichs.....	25
5.5.1 Horizontaler Finanzausgleich	25
5.5.2 Vertikaler Finanzausgleich	26
5.5.3 Kommunalen Finanzausgleich	27
5.5.4 Finanzausgleich der Europäischen Union	27
5.6 Der Solidaritätszuschlag und der Solidarpakt	28
5.6.1 Der Solidaritätszuschlag.....	28
5.6.2 Der Solidarpakt und das Programm Aufbau Ost	28
5.6.3 Der Solidarpakt I	29
5.6.4 Der Solidarpakt II	30
5.7 Finanzausgleich im Jahre 2012.....	31

5.8 Geber- und Nehmerländer in den Jahren 2000-2011	36
5.9 Pro- und Gegenargumente für den Finanzausgleich.....	37
6. Zusammenhang von Partei- und Länderinteressen im aktuellen Diskurs um den Finanzausgleich..	38
6.1 Die Klagen gegen den Länderfinanzausgleich in der Vergangenheit	40
6.1.2 Die erste Klage 1952	40
6.1.3 Die zweite Klage 1986.....	40
6.1.4 Die dritte Klage 1992	40
6.1.5 Die vierte Klage 1999.....	40
6.2 Die Klage gegen den Finanzausgleich 2013	42
6.2.3 Die Begründung der Klage	42
6.3 Die Ansichten der politischen Parteien	46
6.3.1 Die CDU/CSU (Die Christlich Demokratische Union Deutschlands / Die Christlich-Soziale Union in Bayern)	46
6.3.1.1 Bundesweite Beschlüsse der CDU/CSU zum Finanzausgleich	46
6.3.1.2 Die Ansichten der CSU in Bayern.....	48
6.3.1.3 Die Ansichten der CDU in Hessen	48
6.3.1.4 Die Ansichten der CDU in Baden-Württemberg.....	48
6.3.1.5 Die Ansichten der CDU in Berlin	49
6.3.1.6 Die Ansichten der CDU in Sachsen.....	49
6.3.1.6 Zusammenfassend zur CDU/CSU	50
6.3.2 Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD).....	50
6.3.2.1 Bundesweite Beschlüsse der SPD zum Finanzausgleich	50
6.3.2.2 Die Ansichten der SPD in Bayern	51
6.3.2.3 Die Ansichten der SPD in Hessen.....	53
6.3.2.4 Die Ansichten der SPD in Baden-Württemberg.....	54
6.3.2.5 Die Ansichten der SPD in Berlin.....	55
6.3.2.6 Die Ansichten der SPD in Sachsen	56
6.3.2.7 Zusammenfassend zur SPD	56
6.3.3 Die Ansichten anderer politischer Parteien	57
6.3.3.1 Bündnis 90/Die Grünen.....	57
6.3.3.2 Die Freie Demokratische Partei.....	58
6.3.3.3 Die Linke.....	59
6.4 Zusammenfassend zu den Länder- und Parteiinteressen	60
7. Resümee.....	61

8. Druckquellen.....	62
----------------------	----

1. Einleitung

Im Rahmen dieser Bachelorarbeit wird die Gestaltung des Finanzausgleichs und die Klage, die im Jahre 2013 gegen die derzeitige Form des Finanzausgleichs eingereicht wurde, behandelt. In dieser Bachelorarbeit werden im theoretischen Teil die komplexen Vorgänge beschrieben, aus denen der Finanzausgleich besteht und wie die Aufgaben und Finanzmittel verteilt werden. Im praktischen Teil wird eine Diskursanalyse vorgestellt, die zeigt, welche Ansichten von den politischen Parteien zum Finanzausgleich und zu der eingereichten Klage vertreten werden.

Zur Ausarbeitung des theoretischen Teils wurde größtenteils Druckliteratur verwendet, d.h. verschiedene Fachbücher über Wirtschafts- und Sozialpolitik, ergänzt durch zahlreiche Daten aus Internetquellen. Sämtliche Quellen für die Diskursanalyse stammen aus dem Internet, denn es handelt sich hauptsächlich um aktuelle Pressemitteilungen und Parteiprogramme.

2. Ziele der Bachelorarbeit

Diese Bachelorarbeit hat zwei Hauptziele, die anhand zahlreicher Quellen ausgearbeitet wurden.

Zum einen setzt sich die Arbeit zum Ziel die Beschreibung der Finanzausgleichvorgänge und wie der Finanzausgleich mit dem deutschen Föderalismus zusammenhängt. Der theoretische Teil soll den Lesern das System des Finanzausgleichs in seinen Grundzügen verständlicherweise ohne wirtschaftliche Ausbildung vorstellen. Dem helfen die detailliert geteilten Kapitel und mehrere Tabellen und Graphiken. Eine ausführliche Beschreibung des Finanzausgleichs im Jahre 2012 als praktisches Beispiel soll dem Leser einen komplexen Hinblick auf die gegebene Problematik geben.

Das andere Ziel ist, den Lesern zu zeigen, wie die Diskussion im aktuellen Diskurs um den Zusammenhang von den Länder- und Parteiinteressen mit Hilfe der geäußerten Meinungen in Zeitungen, Pressemitteilungen sowie in Parteiprogrammen verläuft. In dem praktischen Teil soll der Leser eine Übersicht der politischen Einstellungen der zwei größten politischen Lager in der BRD bekommen und zwar der CDU/CSU und der SPD. Hier werden die Gründe für die Einreichung der Klage gegen die jetzige Gestaltung des Finanzausgleichs begründet, weiterhin die bundesweiten Beschlüsse zur Form des Finanzausgleichs beschrieben und die einzelnen Ansichten in den drei Geberländern und den zwei größten Nehmerländern zum gegebenen Thema ausgeführt.

3. Deutschland als föderaler und sozialer Staat

„Nach Art. 20, Abs. 1 GG ist die Bundesrepublik Deutschland ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“¹ Das Wort Bundesstaat gibt an, dass die BRD föderativ aufgebaut ist. D.h. in der Bundesrepublik Deutschland existieren drei staatliche Ebenen, und zwar Bund, Bundesländer und Gemeinden, deren Aufgaben klar in der Verfassung festgelegt sind. Der Föderalismus, bzw. die Föderalismustheorie kann nur dann funktionieren, wenn jede Ebene eine gewisse Unabhängigkeit genießt und für ihre zuständigen Aufgaben die Verantwortung trägt. Diese Verschichtung in drei Ebenen wird vor allem durch ökonomische Aspekte begründet, jedoch spielen hier auch die Geschichte und andere Aspekte eine entscheidende Rolle.²

In der Bundesrepublik Deutschland bestehen wegen der verschiedenen Bevölkerungs-, Arbeitskräfte- und Wirtschaftsstruktur weitgehende Unterschiede zwischen den Bundesländern. Durch die Rolle des Sozialstaates sollten diese Unterschiede angeglichen werden, so dass alle Bürger der BRD unabhängig von ihrem Wohnort etwa die gleichen Lebenschancen hätten, wie z.B. sich zu bilden oder sich die Freizeitgestaltung zu bestimmen. Der Sozialstaat strebt ebenfalls in ganz Deutschland bspw. angegliche Verkehrsverhältnisse oder Arbeitsplatzangebot an.

Sowohl der Föderalismus, als auch der Sozialstaat hängen mit den Finanzverhältnissen eng zusammen. Alle jeweiligen Maßnahmen sind im Grundgesetz und in der Legislative der BRD verankert.³

¹ BOSSERT, Albrecht; LAMPERT, Heinz: 179-180.

² Vgl. Finanzausgleich. In: *Wie funktioniert das? Wirtschaft heute*.

³ Vgl. BOSSERT, Albrecht; LAMPERT, Heinz: 179-187.

4. Finanzverfassung der BRD

Die Finanzverfassung der BRD ist ein fester Bestandteil des Grundgesetzes, in dem alle Verhältnisse zwischen dem Bund, den Bundesländern und den Gemeinden festgelegt sind. Das ganze System dieser Verhältnisse ist durch eine vielschichtige Komplexität gekennzeichnet. In der Finanzverfassung sind vor allem die Maßnahmen und Regelungen zu finden, die sich mit der Aufteilung der Mittel auf Bund, Länder und Gemeinden beziehen, dies betrifft vor allem die Steuerverteilung. Die Finanzverfassung umfassen die Artikel 104a – 108 des Grundgesetzes. Die wichtigsten Maßnahmen und Regelung der Finanzverfassung werden in den folgenden Kapiteln erläutert.⁴

⁴ Vgl. BOSSERT, Albrecht; LAMPERT, Heinz: 179-183.

5. Finanzausgleich in der BRD

Unter dem Begriff Finanzausgleich versteht man in einem föderativ aufgebauten Staat wie der BRD die Gesamtheit der Regelungen, die festlegen, welche Aufgaben und damit verbundene Ausgaben den Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden) zustehen. Der deutsche Finanzausgleich wird alljährlich durchgeführt, d.h. für ein ganzes Jahr werden die Einnahmen, hauptsächlich Steuern, an den Bund, die Bundesländer und die Gemeinden verteilt, die dann mit diesen zugeteilten Finanzmitteln ihre Aufgaben erfüllen können.⁵ Die derzeitige Gestaltung des Finanzausgleichs gilt für die Jahre 2005-2019.⁶ In den nächsten Unterkapiteln werden die Regelungen für den Finanzausgleich in der BRD ausführlich erläutert.

⁵ Vgl. Finanzausgleich. In: *Wie funktioniert das? Wirtschaft heute*.

⁶ Vgl. *Finanzausgleich mit Verfallsdatum*. [online]. Bundeszentrale für politische Bildung. [21.6.2013]. Zugang: <http://www.bpb.de/apuz/155711/finanzausgleich-mit-verfallsdatum?p=all>

5.1 Ziele des Finanzausgleichs

Die Ziele des Finanzausgleichs hängen eng mit dem Sozialstaat zusammen. Das Hauptziel ist das Lebensniveau in allen Bundesländern anzugleichen: *„Das Grundgesetz verpflichtet in Art. 106, Abs. 3 den Gesetzgeber auf die Zielsetzung, die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse zu gewährleisten. Große Unterschiede in der Finanzkraft der Bundesländer sind durch Ausgleichszahlungen zu verringern.“*⁷

Das Lebensniveau kann in allen Gebietskörperschaften (Bundesländern) nivelliert werden, wenn die Bundesländer und Gemeinden ihre zuständigen Aufgaben erfüllen und gerade zur Erfüllung der Aufgaben sind die Finanzmittel notwendig, an denen es in manchen Bundesländern wegen der verschiedenen Umstände wie der Steuereinnahmen fehlen könnte.

Der Finanzausgleich fördert ebenfalls den Föderalismus, indem sich die Bundesländer und Gemeinden lokal besser engagieren und ihre Probleme effizienter lösen können, als beim zentralstaatlichen Prinzip, da die Entscheidungsträger über einen besseren Informationsstand verfügen und die zugewiesenen Finanzmittel infolgedessen effektiver ausnutzen können.

Als ein weiteres Ziel des Finanzausgleichs kann die Stabilität genannt werden, denn gäbe es den Finanzausgleich nicht, könnte es zu gravierenden (Finanz)unterschieden kommen, die dazu führen könnten, dass die Bevölkerung aus den ärmeren in die reicheren Gebiete zöge, was negative Folgen für die demografische Entwicklung der jeweiligen Gebiete haben könnte.⁸

⁷ Finanzausgleich. In: *Wie funktioniert das? Wirtschaft heute*.

⁸ Vgl. BOSSERT, Albrecht; LAMPERT, Heinz: 179-183.

5.2 Formen des Finanzausgleichs

Der deutsche Finanzausgleich kann anhand mehrerer Kriterien klassifiziert werden.

5.2.1 Passiver und aktiver Finanzausgleich

Beziehen sich die Finanzausgleichregelungen auf die Verteilung der Aufgaben, handelt es sich um den sog. passiven Finanzausgleich. Wenn die Einnahmen auf die Gebietskörperschaften verteilt werden, geht es umgekehrt um den sog. aktiven Finanzausgleich. In der BRD gibt es eine Mischung von beiden Finanzausgleichsarten, denn sowohl die Aufgaben, als auch die Einnahmen werden verteilt.⁹

5.2.2 Horizontaler und vertikaler Finanzausgleich

Bei dem horizontalen Finanzausgleich werden die Aufgaben und Einnahmen zwischen die der gleichen Ebene angehörenden Gebietskörperschaften verteilt, z.B. unter die Bundesländer. Der horizontale Länderfinanzausgleich wurde in der BRD 1950 eingeführt. Im Falle des vertikalen Finanzausgleichs werden im Gegensatz zum horizontalen Finanzausgleich die Ausgaben und Einnahmen zwischen die unter- und übergeordneten Gebietskörperschaften verteilt, bspw. Bund, Länder und Gemeinden.¹⁰

⁹ Vgl. PEFFEKOVEN, Rolf: 83-84.

¹⁰ Vgl. PEFFEKOVEN, Rolf: 83-84.

5.3 Aufgabenverteilung

„Grundsätzlich werden die finanziellen Lasten jeweils dem Aufgabenträger zugewiesen, dem die Verantwortung für die sachgerechte Erfüllung der Aufgaben obliegt.“¹¹ Die Aufgaben werden auf Bund, Länder und Gemeinden auferlegt. Ausschlaggebend für die Verteilung der Aufgaben ist das sog. Subsidiaritätsprinzip, nach dem die untersten Ebenen die Aufgaben der übergeordneten Ebenen zu erfüllen vermögen und so können jene Aufgaben auf die niedrigeren Ebenen übertragen werden, damit sie sie am effektivsten erledigen können. In den nächsten drei Kapiteln wird eine Übersicht der von den einzelnen Gebietskörperschaften zu erfüllenden Aufgaben erstellt.¹²

5.3.1 Bund-Aufgaben

Der Bund sorgt hauptsächlich für die folgenden Aufgaben:

- ⇒ Landesverteidigung,
- ⇒ Außenpolitik,
- ⇒ Währungspolitik.

Diese Aufgaben sind auf dem ganzen Gebiet nach den gleichen Regeln zu erfüllen und sind im Interesse aller Bundesländer der BRD, daher werden sie vom Bund geregelt. Weiterhin verantwortet sich der Bund teilweise für:

- ⇒ Verkehrswesen,
- ⇒ Polizeiwesen,
- ⇒ Nachrichtenwesen,
- ⇒ Finanzverwaltung,
- ⇒ Sozialwesen.

Diese Aufgaben werden demfall noch von anderen Gebietskörperschaften erfüllt, zumeist von den Bundesländern.¹³

5.3.2 Bundesländer-Aufgaben

Den Bundesländern stehen die folgenden Aufgaben zu:

- ⇒ Landesverwaltung,

¹¹ PEFFEKOVEN, Rolf: 84-85.

¹² Vgl. PEFFEKOVEN, Rolf: 84-92.

¹³ Vgl. PEFFEKOVEN, Rolf: 87-92.

- ⇒ Kulturpolitik (Wissenschaft, Forschung, Erziehung, Bildung),
- ⇒ Rechtspflege,
- ⇒ Finanzverwaltung (mit dem Bund geteilt),
- ⇒ Wirtschaftsförderung,
- ⇒ Polizeiwesen (mit dem Bund geteilt),
- ⇒ Verkehrswesen (mit dem Bund geteilt).¹⁴

„Sofern nicht ausnahmsweise eine bundeseigene Verwaltung vorgesehen ist, führen die Bundesländer die Bundesgesetze als eigene Angelegenheit aus (Art. 83 GG). Sie tragen dabei auch die volle Finanzlast (Zweck- und Verwaltungsausgaben). Wenn die Länder dagegen nur im Auftrage des Bundes tätig werden und Weisungen zu beachten haben, handelt es sich um Auftragsverwaltung (z. B. Bundesfernstraßen, Finanzverwaltung), wobei der Bund im Einzelfall die Zweckausgaben trägt, während die Verwaltungsausgaben Sache der Länder bleiben.“¹⁵

5.3.3 Gemeinschaftsaufgaben

Als Gemeinschaftsaufgaben werden solche Aufgaben bezeichnet, die von überregionaler Bedeutung sind und für die sich die Bundesländer sowie der Bund gemeinsam verantworten. Die drei Aufgabengebiete sind:

- ⇒ Ausbau und Neubau von wissenschaftlichen Hochschulen, einschließlich der Hochschulkliniken,
- ⇒ Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur,
- ⇒ Verbesserung der Agrarkultur und des Küstenschutzes.

Charakteristisch für die Gemeinschaftsaufgaben ist die sog. Mischfinanzierung, die meist je zur Hälfte erfolgt. Dazu gehört auch die gemeinsame Rahmenplanung der Projekte, jedoch die detaillierte Planung und die Durchführung jener Projekte obliegen den Ländern. Dies erfolgt nach dem Subsidiaritätsprinzip.

¹⁴ Vgl. PEFKEOVEN, Rolf: 87-92.

¹⁵ PEFKEOVEN, Rolf: 87-92.

Die anderen von Bund und Bundesländern geteilten Aufgaben, die in den obigen Kapiteln aufgeführt wurden, gehören nicht zu den Gemeinschaftsaufgaben.¹⁶

5.3.4 Gemeinden-Aufgaben

Der Umfang der Gemeindenaufgaben ist bei weitem geringer als bei den Bundesländeraufgaben und bei den Bundaufgaben. Meistens übertragen der Bund oder die Bundesländer die Angelegenheiten auf die Gemeinden und diese erledigen sie dann als Auftragsangelegenheiten. Den Gemeinden fallen dann die Selbstverwaltungsaufgaben zu.¹⁷

¹⁶ Vgl. PEFFEKOVEN, Rolf: 87-92.

¹⁷ Vgl. PEFFEKOVEN, Rolf: 87-92.

5.4 Einnahmenverteilung

Die drei Gebietskörperschaften Bund, Länder und Gemeinden, die den Gesamtstaat darstellen, erhalten von den Bürgern und Unternehmen Steuern. Genauso wie die Aufgaben werden auch die Einnahmen verteilt. Die Einkünfte von den Steuern sichern, dass der Staat ordentlich funktioniert. Auch die Verteilung der Steuern unterliegt weitgehenden und komplizierten Regeln, damit die Bürger ihre Steuern effektiv zugeteilt zurückbekommen.¹⁸

5.4.1 Trenn- und Verbundsystem

Was die Verteilung des Steueraufkommens anbelangt, unterscheidet man zwei Systeme. Das eine heißt das Verbundsystem, bei dem eine Steuerart ausschließlich einer Gebietskörperschaft zufließt. Das andere System heißt das Trennsystem, wobei eine Steuerart mehreren föderalen Ebenen zusteht. Die Gebietskörperschaften erhalten dann einen prozentualen von der Gesetzgebung her festgelegten Anteil davon. Im deutschen Grundgesetz werden beide System vertreten, wobei das Verbundsystem heutzutage im Hinblick auf das zu verteilende Steueraufkommen überwiegt.

Danach sind folgende Kategorien von Steuern zu unterscheiden, die in den nächsten vier Kapiteln ausgeführt werden:

- ⇒ Gemeinschaftsteuern,
- ⇒ Bundessteuern,
- ⇒ Landessteuern,
- ⇒ Gemeindesteuern.¹⁹

5.4.2 Gemeinschaftsteuern

Die Gemeinschaftsteuern stehen sowohl dem Bund, als auch den Bundesländern zu, teilweise erhalten einen Teil des Steueraufkommens auch die Gemeinden. Die Gemeinschaftsteuern stellen die aufkommensstärksten Steuern dar, deswegen überwiegt das Verbundsystem in der Finanzverfassung der BRD. Es handelt sich um die folgenden Steuern:

- ⇒ Einkommensteuer,
- ⇒ Körperschaftsteuer,

¹⁸ Vgl. PEFKEOVEN, Rolf: 87-97.

¹⁹ Vgl. PEFKEOVEN, Rolf: 87-97.

- ⇒ Umsatzsteuer (oder auch: Mehrwertsteuer),
- ⇒ Einfuhrumsatzsteuer,
- ⇒ Zinsabschlagsteuer,
- ⇒ Gewerbesteuer.²⁰

In der folgenden Tabelle werden die prozentualen Anteile der Verteilung von den Gemeinschaftsteuern für das Jahr 2011 dargestellt:

	Bund	Länder	Gemeinden
Einkommensteuer	42,5 %	42,5 %	15 %
Körperschaftsteuer	50 %	50 %	0 %
Umsatzsteuer	50,5 %	49,5 %	0 %
Einfuhrumsatzsteuer	wird als Teil der Umsatzsteuer verteilt		
Zinsabschlag	44 %	44 %	12 %
Gewerbesteuer	10,3 %	10,3 %	79,4 %

21

5.4.3 Bundessteuern

Dem Bund stehen die ganzen Einkünfte von den folgenden Steuern zu:

- ⇒ Zölle und Finanzmonopole,
- ⇒ die meisten Verbrauchsteuern (z. B. Steuern auf Mineralöl, Tabak, Kaffee, Schaumwein),
- ⇒ Kapitalverkehrsteuern,
- ⇒ Versicherungsteuer,
- ⇒ einmalige Vermögensabgaben und die zur Durchführung des Lastenausgleichs erhobenen Ausgleichsabgaben,
- ⇒ Solidaritätszuschlag,
- ⇒ Abgaben im Rahmen der Europäischen Union.²²

5.4.4 Landessteuern

Die Bundesländer erhalten das Aufkommen von den angegebenen Steuern:

- ⇒ Vermögensteuer,

²⁰ Vgl. PEFTEKOVEN, Rolf: 87-97.

²¹ Vgl. *Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden im Haushaltsjahr 2011*. [online].

Bundesministerium der Finanzen. [25.6.2013]. Zugang:

<http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Monatsberichte/2012/10/Inhalte/Kapitel-3-Analysen/3-3-steuereinnahmen-im-haushaltsjahr-2011.html#doc283322bodyText9>

²² Vgl. PEFTEKOVEN, Rolf: 87-97.

- ⇒ Erbschaftsteuer,
- ⇒ Kraftfahrzeugsteuer,
- ⇒ Verkehrsteuern, soweit sie nicht dem Bund zufallen,
- ⇒ Biersteuer,
- ⇒ Spielbankenabgabe.²³

5.4.5 Gemeindesteuern

Die Gemeinden erheben die folgenden Steuern:

- ⇒ Realsteuern (Gewerbe- und Grundsteuer),
- ⇒ örtliche Verbrauch- und Aufwandsteuern (z. B. Vergnügungsteuer, Getränkesteuer, Hundesteuer, Jagd- und Fischereisteuer).²⁴

²³ Vgl. PEFFEKOVEN, Rolf: 87-97.

²⁴ Vgl. PEFFEKOVEN, Rolf: 87-97.

5.4.6 Zusammenfassend zu Steuern

Diese grobe Einteilung der zu erhebenden Steuern in Deutschland sollte erläutern, wie die Verhältnisse innerhalb der deutschen Finanzverfassung verflochten funktionieren. Als Veranschaulichung gibt es die folgende Tabelle, die die Steuern und die Verhältnisse zwischen den Gebietskörperschaften übersichtlich macht. In der Tabelle werden die Steuern zur Kategorisierung noch in Besitzsteuern (Steuern auf Einkommen, Körperschaft und Erbschaft), Verkehrsteuern (Steuern auf bestimmte Vorgänge im Wirtschafts- und Rechtsverkehr) und Verbrauchsteuern (Steuern auf Konsum von verschiedenen Gütern wie Alkohol, Tabak oder Kaffee). In der Tabelle sind noch zur Ergänzung der geläufigsten in den vorangegangenen Kapiteln aufgeführten Steuern weitere Steuerarten zu finden.²⁵

Einteilung der Steuern			
Besitzsteuern	Einkommensteuern —————→ Einkommensteueranteil		Gewerbesteuer Grundsteuer
	Zinsabschlag —————→ Anteil am Zinsabschlag		
	Körperschaftsteuer		
	Gewerbsteuerumlage ←————		
	Solidaritätszuschlag	Erbschaft- und Schenkungsteuer	
Verkehrsteuern	Versicherungsteuer	Grunderwerbsteuer	Schankerlaubnis
		Kraftfahrzeugsteuer	
		Rennwett- und Lotteriesteuer	
		Spielbankenabgabe	
		Feuerschutzsteuer	
	Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) —————→ Anteil auf		
Verbrauchsteuern	Einfuhrumsatzsteuer —————→ Umsatzsteueraufkommen		
	Mineralölsteuer	Biersteuer	örtliche Verbrauch- und Aufwandsteuern:
	Stromsteuer		
Tabaksteuer			
Kaffeesteuer			
Branntweinsteuern			
Alkopopsteuer			
Zwischenerzeugnissteuer			
Schaumweinsteuer		Getränkesteuer	
		Vergnügungsteuer	
		Hundesteuer	
		Zweitwohnungsteuer u.a.	
	BUND	LÄNDER	GEMEINDEN

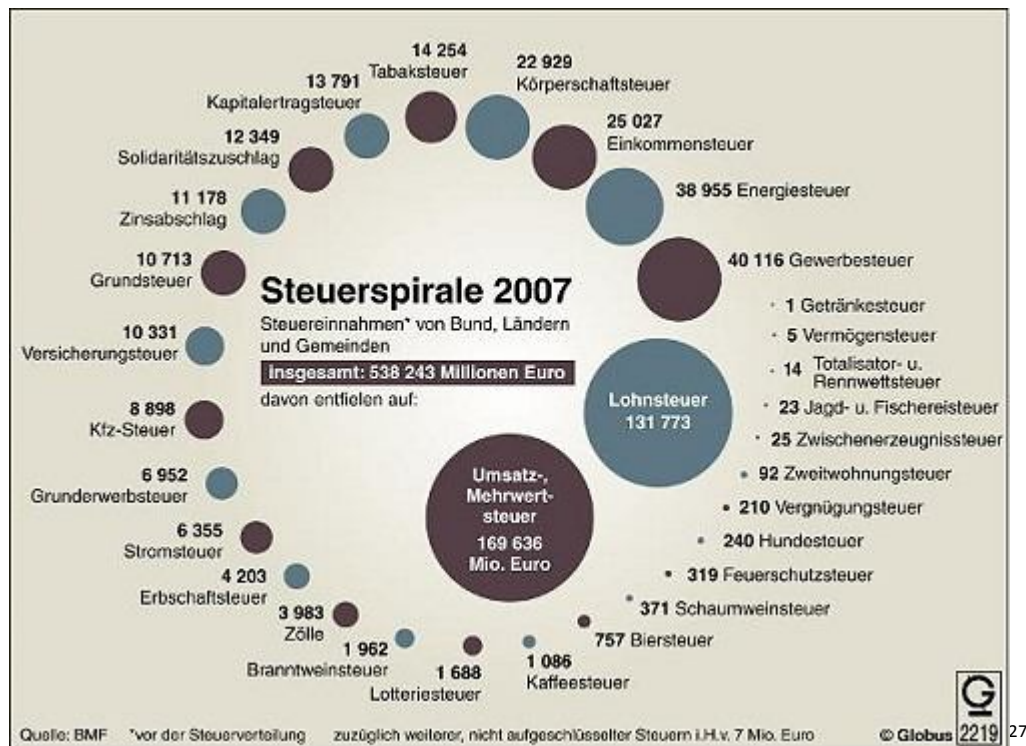
26

²⁵ Vgl. Erich Schmidt Verlag: Zahlenbild 181 111 (02/2005). In: BAUER, Max; RIEDEL, Hartwig; THULL, Beate; WISSEL, Manfred: *Wirtschaft und Politik im Teitalter der Globalisierung*. Seite:107

²⁶ Erich Schmidt Verlag: Zahlenbild 181 111 (02/2005). In: BAUER, Max; RIEDEL, Hartwig; THULL, Beate; WISSEL, Manfred: *Wirtschaft und Politik im Teitalter der Globalisierung*. Seite: 107.

5.4.7 Steuerspirale 2007

Um zu illustrieren, wie die Steuern nach dem Aufkommen verteilt werden, gibt es in diesem Unterkapitel die Steuerspirale vom Jahr 2007. Da wird deutlich gezeigt, dass die aufkommensstärksten Steuern dem Bund, dann die weniger aufkommenstarken den Bundesländern und erst dann die aufkommenschwächsten den Gemeinden entrichtet werden. Diese Verteilung ermöglicht eine größere und mengenähnlichere Allokation der Finanzmittel an die Gebietskörperschaften, hauptsächlich an die Bundesländer.



Die Umsatzsteuereinnahmen (Mehrwertsteuer) mit 169 636 Mio. Euro und die Lohnsteuer (als Teil der Einkommensteuer) mit den Einnahmen von 131 773 Mio. Euro sicherten im Staatsetat 2007 die größten Einkünfte. Diese werden dann weiter an den Bund, die Bundesländer und Gemeinden nach dem Prozentsatz (s. Kapitel Gemeinschaftsteuern) verteilt. Zu den weiteren aufkommensstarken Steuern gehören bspw. die Energiesteuer mit

²⁷ Steuerspirale 2007. In: *Steuerverteilung – wer verteilt hier eigentlich was an wen und warum?* [Online]. Bundesrat. [27.6.2013]. Zugang: http://www.bundesrat.de/nn_8396/DE/service/thema-aktuell/09/20090331-Finanzausgleich.html

38 955 Mio. Euro, die die Strom- oder Gassteuer beinhaltet. Die Energiesteuer, zusammen mit der Tabaksteuer, dem Solidaritätszuschlag werden an den Bund entrichtet.²⁸

²⁸ Vgl. Steuerspirale 2007. In: *Steuerverteilung – wer verteilt hier eigentlich was an wen und warum?* [Online]. Bundesrat. [27.6.2013]. Zugang: http://www.bundesrat.de/nn_8396/DE/service/thema-aktuell/09/20090331-Finanzausgleich.html

5.5 Durchführung des Finanzausgleichs

Nachdem die Aufgaben und Einnahmen der Gebietskörperschaften in den vorangehenden Kapiteln erläutert wurden, wird in den nächsten Kapiteln erklärt, wie die Finanzmittel im Rahmen des Finanzausgleichs horizontal und vertikal zwischen die drei Ebenen verteilt werden, damit diese ihre Aufgaben effizient und erfolgreich erfüllen können.

5.5.1 Horizontaler Finanzausgleich

Der horizontale Finanzausgleich erfolgt zwischen den Bundesländern, also auf derselben Ebene. Daher wird der horizontale Finanzausgleich ebenso als Länderfinanzausgleich bezeichnet.

Hier gibt es mehrere Begriffe zu erläutern:

- ⇒ Geber- vers. Nehmerland,
- ⇒ Finanzkraft (Steuerkraftmesszahl) vers. Finanzbedarf (Ausgleichsmesszahl).

Um die Finanzkraft der Bundesländer angemessen anzugleichen, werden die Steuereinnahmen der Länder pro Kopf berechnet und Teile von diesen Finanzmitteln werden verteilt. Die finanzstärkeren Bundesländer (Geberländer) zahlen Transfers an die finanzschwächeren (Nehmerländer).

Grundsätzlich handelt es sich bei dem Länderfinanzausgleich um einen Steuerkraftausgleich.

Aus den Steuereinnahmen der Länder wird die Steuerkraftmesszahl berechnet. Sie ist eigentlich die Summe aller Steuereinnahmen. Dies zeigt dann die Finanzkraft (deswegen oft auch Finanzkraftmesszahl genannt) eines jeden Landes. Die Steuerkraftmesszahl steht dann der Ausgleichsmesszahl gegenüber, die angibt, wie hoch der Finanzbedarf eines jeden Landes ist. Die Ausgleichsmesszahl erhält man so, dass die Steuerkraft aller Bundesländer verdurschnittlicht wird, indem alle 16 Steuerkraftmesszahlen addiert und durch 16 dividiert werden. Es gibt eben dann einen Durchschnitt, dem sich alle Bundesländer nähern sollten. Bei den Stadtstaaten kommt es zu der sog. Einwohnerveredelung, da die Stadtstaaten einen höheren Finanzbedarf aufweisen als die Flächenstaaten. Die Einwohnerzahl und noch andere Aspekte spielen zur Festlegung der Ausgleichsmesszahl eine wesentliche Rolle.

Das eigentliche Ziel des Länderfinanzausgleichs ist die Steuerkraft der finanzschwächeren Länder auf 95% der Ausgleichsmesszahl zu bekommen. Diese 95% werden durch die Ausgleichszahlungen von den finanzstärkeren Bundesländern (Geberländer) an die finanzschwächeren (Nehmerländer) erzielt. Ein Bundesland wird zu einem Geberland, sobald seine Steuerkraftmesszahl höher ist als die Ausgleichsmesszahl. Die Nehmerländer sind demfall die Bundesländer, deren Steuerkraftmesszahl niedriger ist als die Ausgleichsmesszahl.²⁹

Es gibt jedoch einen Mechanismus, der die finanzschwächeren Bundesländer dazu animieren sollte, ihre Steuerquellen anzuheben: *„Nach dem Verfassungsauftrag ist die Finanzkraft der Länder ‚angemessen‘ auszugleichen (Art. 107 Abs. 2 GG), doch soll der Finanzausgleich die Finanzkraftunterschiede nicht völlig egalisieren, um nicht den finanzschwachen Ländern jeglichen Anreiz zu nehmen, ihre Steuerquellen auszuschöpfen. Dem trägt das Finanzausgleichsgesetz dadurch Rechnung, daß einerseits die ausgleichsberechtigten Länder stets 95% der durchschnittlichen Steuereinnahmen je Einwohner erreichen und andererseits die ausgleichspflichtigen Länder nicht unter 100% des Länderdurchschnitts sinken sollen.“*³⁰

Oft ist es jedoch der Fall, dass die finanzstärkeren Bundesländer nicht über genug Finanzmittel verfügen, um den finanzschwächeren Bundesländern ihre berechtigten Ausgleichsbeträge zu gewährleisten. Daher gibt es noch den vertikalen Finanzausgleich zwischen dem Bund und den Bundesländern, was im folgenden Kapitel erklärt wird.³¹

5.5.2 Vertikaler Finanzausgleich

Nach dem Vornehmen des horizontalen Finanzausgleichs, kann es immer noch Bundesländer geben, deren Finanzkraft *„unter der durchschnittlichen Finanzausstattung aller Bundesländer“* liegt.³² Dann erhalten die jeweiligen Bundesländer die sog. Bundesergänzungszuweisungen, die den vertikalen Finanzausgleich darstellen, denn der Bund vergibt Finanzmittel an eine untere Gebietskörperschaft, in diesem Fall an die Bundesländer. Diese Bundesergänzungszuweisungen sind zu 90% der durchschnittlichen Steuereinkünfte pro Kopf auszugleichen. Der Bund garantiert hiermit, dass die Finanzkraft jedes Bundeslandes mindestens 99,5% der Ausgleichsmesszahl betragen wird.

²⁹ Vgl. PEFTEKOVEN, Rolf: 87-97.

³⁰ PEFTEKOVEN, Rolf: 87-97.

³¹ Vgl. PEFTEKOVEN, Rolf: 87-97.

³² PEFTEKOVEN, Rolf: 87-97.

Der Bund kann noch Sonder-Bundesergänzungszuweisungen vergeben und dies geschieht, falls ein Bundesland wegen Sonderbelastungen wie Hochwasser, großräumiger Projekte, verschiedenster Investitionen oder aber auch wirtschaftlichen Wachstums mehrere Finanzmittel benötigt. Nach der Wiedervereinigung erhielten die neuen Bundesländer ebenfalls die Sonder-Bundesergänzungszuweisungen.³³

5.5.3 Kommunalen Finanzausgleich

Der kommunale Finanzausgleich wird nicht zwischen den einzelnen Gemeinden eines Bundeslandes durchgeführt, jedoch erhalten die Gemeinden ihre zuzustehenden Finanzmittel von den Bundesländern. Es handelt sich also um einen vertikalen Finanzausgleich. In jedem Bundesland unterscheiden sich die Geldbeträge, die an die Gemeinden geschickt werden. Die Landesverwaltung, wie schon oben erwähnt, ist nämlich die Aufgabe der Bundesländer.³⁴

5.5.4 Finanzausgleich der Europäischen Union

Nur zum Anmerken ist es zu erwähnen, dass der Finanzausgleich nicht nur an der nationalen, sondern auch internationalen Ebene praktiziert wird. Für die BRD ist hier von grundlegender Bedeutung vor allem der Finanzausgleich zwischen ihr und der EU.³⁵

³³ Vgl. PEFKEOVEN, Rolf: 87-97.

³⁴ Vgl. PEFKEOVEN, Rolf: 87-97.

³⁵ Vgl. PEFKEOVEN, Rolf: 87-97.

5.6 Der Solidaritätszuschlag und der Solidarpakt

Der Solidaritätszuschlag und der Solidarpakt sind nicht zu verwechseln. Der Solidaritätszuschlag ist eine Umlage, die jeder Bürger an den Bund zahlt und der Solidarpakt ist eine Finanzhilfe der ehemaligen BRD-Bundesländer an die neuen Bundesländer.

5.6.1 Der Solidaritätszuschlag

„Zur Finanzierung der Einheit Deutschlands wird durch das Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms vom 23. Juli 1993 (BGBl. I S.944) mit Wirkung ab 1. Januar 1995 von allen Steuerpflichtigen ein Zuschlag zur Einkommen-, Lohn-, Kapitalertrag-, Abgeltung (ab 1. Januar 2009) und Körperschaftsteuer erhoben.“³⁶

Das Aufkommen des Solidaritätszuschlags steht im Ganzen dem Bund zu und jeder Bürger zahlt diesen. Das erhobene Geld wird vom Bund weiter an alle Gebietskörperschaften verteilt, jedoch wurde der Solidaritätszuschlag vor allem wegen des Aufbaus der neuen Bundesländer eingeführt. Die Erhebung des Solidaritätszuschlags ist nicht befristet.³⁷

Für die Ermittlung der Höhe des Solidaritätszuschlags dient die Bemessungsgrundlage, die 5,5% der Einkommen- und Körperschaftsteuer beträgt. Jedoch wird dieser grobe Prozentsatz von weiteren Steueraspekten des Steuerzahlers beeinflusst, daher muss der Solidaritätszuschlag individuell mit Hilfe laut dem Gesetz festgelegter Tabellen errechnet werden.³⁸

5.6.2 Der Solidarpakt und das Programm Aufbau Ost

Das Projekt Aufbau Ost umfasst alle vor allem wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die sich zum Ziel setzen, die neuen Bundesländer zu fördern und das Lebensniveau dort den westdeutschen Standards anzupassen. Das Programm wurde sofort nach der Wiedervereinigung eingeführt und bezeichnet mehrere Aktionen.

³⁶ *Steuern von A bis Z*. [online]. Bundesministerium der Finanzen. [31.6.2013]. Zugang: http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Broschueren_Bestellservice/2012-06-16-steuern-von-a-z.pdf?__blob=publicationFile&v=13

³⁷ Vgl. *DStGB-Hintergrundpapier zum Solidarpakt*. [online]. Deutscher Städte- und Gemeindebund. [1.7.2013]. Zugang: <http://www.dstgb.de/dstgb/Home/Pressemeldungen/Landsberg%20warnt%20vor%20Neiddebatte%20bei%20Solidarpakt/DStGB-Hintergrundpapier%20zum%20Solidarpakt.pdf>

³⁸ Vgl. *Steuern von A bis Z*. [online]. Bundesministerium der Finanzen. [31.6.2013]. Zugang: http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Broschueren_Bestellservice/2012-06-16-steuern-von-a-z.pdf?__blob=publicationFile&v=13

Die finanziellen Mittel, die von diesem Programm fließen, dienen hauptsächlich dazu, die Infrastruktur in den ehemaligen ostdeutschen Bundesländern aufzubauen, die Büro- und Industrieanlagen zu renovieren und zu modernisieren, schließlich auch neue Wohnungen zu bauen.

Das Programm Aufbau Ost wurde durch zwei bedeutendste Projekte finanziert und zwar sind das der Solidarpakt I und der Solidarpakt II.³⁹

5.6.3 Der Solidarpakt I

Der Solidarpakt I währte zehn Jahre und zwar von 1995-2004. Dem Solidarpakt vorangegangen ist der Fonds Deutsche Einheit, der im Jahre 1995 aufgelöst wurde und zum Solidarpakt I wurde. Der Fonds wurde letztmalig zu diesem Jahr auf 160,7 Mrd. DM angehoben und zugleich seit 1995 beteiligten sich die neuen Bundesländer vollständig an dem Länderfinanzausgleich. Der Fonds Deutsche Einheit wurde hauptsächlich durch Kredite angeschaffen und um diese abzuzahlen, entstand ein Erblastentilgungsfonds, den der Bund tilgte und verzinst.

Neben dem Fonds Deutsche Einheit zahlten die Kommunen in den westlichen Ländern jährlich etwa 20,6 Mrd. DM an die neuen Bundesländer.

Insgesamt erhielten die neuen Bundesländer durch den Solidarpakt I 94,5 Milliarden Euro.

Bereits vor dem Auslaufen des Solidarpakts I war aber öffentlichlich geworden, dass die finanziellen Mittel, die den neuen Bundesländern zur Verfügung gestellt worden waren, nicht ausreichend gewesen waren, um den Lebensstandard in den ehemaligen DDR-Ländern dem in den westdeutschen Bundesländern anzupassen. Daher trat das Solidarpaktfortführungsgesetz im Jahre 2001 in Kraft, das die Einführung des Solidarpakts II im Jahr 2005 gültig machte.⁴⁰

³⁹ Vgl. *DStGB-Hintergrundpapier zum Solidarpakt*. [online]. Deutscher Städte- und Gemeindebund. [1.7.2013].
Zugang:

<http://www.dstgb.de/dstgb/Home/Pressemeldungen/Landsberg%20warnt%20vor%20Neiddebatte%20bei%20Solidarpakt/DStGB-Hintergrundpapier%20zum%20Solidarpakt.pdf>

⁴⁰ Vgl. *DStGB-Hintergrundpapier zum Solidarpakt*. [online]. Deutscher Städte- und Gemeindebund. [1.7.2013].
Zugang:

<http://www.dstgb.de/dstgb/Home/Pressemeldungen/Landsberg%20warnt%20vor%20Neiddebatte%20bei%20Solidarpakt/DStGB-Hintergrundpapier%20zum%20Solidarpakt.pdf>

5.6.4 Der Solidarpakt II

Im Rahmen des Solidarpakts II, der in den Jahren 2005 bis 2019 geltend gemacht wird, erhalten die ehemaligen DDR-Länder zusätzliche Finanzmittel, mit denen sie weiter ihre Infrastruktur aufbauen, die schlechte finanzielle Lage der Kommunen im ehemaligen Osten ausgleichen und ebenfalls die Wirtschaftslage der westlichen Länder aufholen sollen.

Die Gesamtsumme von 156 Mrd. Euro wird aus zwei Körben ausgezahlt. Die Finanzmittel jedes Korbes sind für andere Zwecke bestimmt.

So setzt sich der Korb I mit insgesamt 105 Mrd. Euro zum Ziel, die Infrastruktur im Osten dem Niveau in den westlichen Ländern anzugleichen und die schlechte Finanzkraft der östlichen Kommunen auszugleichen.

Die Finanzmittel des Korbes II in der Höhe von 51 Mrd. Euro sollen die Wirtschaft fördern, Verkehrsinvestitionen finanzieren, Forschung und Entwicklung unterstützen und zur Weiterentwicklung der Städte dienen.⁴¹

⁴¹ Vgl. *Solidarpakt II*. [online]. Bundesregierung. [2.7.2013]. Zugang: http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Themen/Deutsche_Einheit/5b-Lebensverhaeltnisse-angleichen/Artikel/Solidarpakt.html

5.7 Finanzausgleich im Jahre 2012

In diesem Kapitel möchte ich etliche Statistische Daten zum Finanzausgleich in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 2012 vorlegen. Die Daten stammen aus der Webseite des Bundesfinanzministeriums und es handelt sich um vorläufige Ergebnisse.

In der folgenden Tabelle möchte ich die wichtigsten Daten zum Länderfinanzausgleich (horizontaler Finanzausgleich) zeigen.

Länderfinanzausgleich 2012 (in 1000 EUR) – vorläufige Ergebnisse⁴²

Bundesland ⁴³	BY	BW	HE	HH	SL	SH	NI	RP
Einwohner	12.627.352	10.813.603	6.101.252	1.804.729	1.011.021	2.838.954	7.923.060	3.997.857
Finanzkraftmesszahl	46.297.495	38.747.904	21.591.592	7.716.268	3.050.326	8.785.443	24.875.803	12.294.057
Ausgleichsmesszahl	40.235.692	34.456.377	19.440.980	7.763.275	3.221.509	9.046.020	25.245.974	12.738.739
Überschüsse/ Fehlbeträge(-)	6.061.804	4.291.528	2.150.612	-47.007	-171.183	-260.577	-380.171	-444.682
Ausgleichszuweisungen/ Ausgleichsbeiträge(-)	-3.904.338	-2.694.281	-1.326.829	21.212	92.214	128.594	172.955	224.488
Bundesland	NW	MV	HB	TH	BB	ST	SN	BE
Einwohner	17.837.706	1.630.598	660.969	2.214.415	2.492.503	2.302.862	4.128.473	3.517.389
Finanzkraftmesszahl	55.979.597	4.539.524	2.093.842	6.196.345	7.115.293	6.494.585	11.616.822	10.380.461
Ausgleichsmesszahl	56.837.921	5.247.521	2.843.243	7.055.994	7.989.597	7.367.081	13.154.933	15.130.503
Überschüsse/ Fehlbeträge(-)	-858.324	-707.997	-749.402	-869.649	-874.304	-872.497	-1.538.111	-4.750.041
Ausgleichszuweisungen/ Ausgleichsbeiträge(-)	401.734	452.099	516.986	541.190	541.696	547.030	962.538	3.322.713

Die Tabelle zeigt die 16 Bundesländer in der BRD. Neben der Einwohnerzahl gibt die Tabelle Auskunft über die Finanzkraftmesszahl (oder Steuerkraftmesszahl), die die sämtlichen Steuereinnahmen eines jeden Bundeslandes angibt. Rechnet man die Steuereinkünfte aller Bundesländer zusammen, bekommt man 267.775.357.000 Euro. Dieselbe Summe erzielt man, wenn die Ausgleichsmesszahlen zusammengerechnet werden. Und subtrahiert man die Ausgleichsmesszahl von der Finanzkraftmesszahl, ergeben sich dann die Überschüsse oder Fehlbeträge, die unter den Bundesländern verteilt werden.

⁴² Der Finanzausgleich unter den Ländern für die Zeit vom 01.01.2012 – 31.12.2012. [online].

Bundesministerium der Finanzen. [1.7.2013]. Zugang:

http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche_Finanzen/Foederale_Finanzbeziehungen/Laenderfinanzausgleich/Vorlaeufige-Abrechnung-des%20Laenderfinanzausgleichs-fuer-das-Jahr-2012.pdf?__blob=publicationFile&v=1

⁴³ Die Abkürzungen ausgeschrieben: BY (Bayern), BW (Baden-Württemberg), HE (Hessen), HH (Hamburg), SL (Saarland), SH (Schleswig-Holstein), NI (Niedersachsen), RP (Rheinland-Pfalz), NW (Nordrhein-Westfalen), MV (Mecklenburg-Vorpommern), HB (Bremen), TH (Thüringen), BB (Brandenburg), ST (Sachsen-Anhalt), SN (Sachsen), BE (Berlin).

Wenn man als Beispiel Bundesland Bayern nimmt, gibt es folgende Zahlen: Bayern mit 12.627.352 Einwohnern erhob 2012 Steuern in der Höhe von 46.297.495.000 Euro. 40.235.692.000 Euro bleiben in Bayern, dies ist die Ausgleichsmesszahl, für deren Berechnung der Länderdurchschnitt und die Einwohnerzahl relevant sind. 6.061.804.000 Euro stellen den Überschuss dar. Bayern ist also ein Geberland, das einen Ausgleichsbeitrag an andere Bundesländer einzahlt, er beträgt 3.904.338.000 Euro. Und die übrige Summe, also 2.157.466.000 Euro bleiben in Bayern, diese Summe errechnet man so, dass vom Überschuss der Ausgleichsbeitrag subtrahiert wird.

Im Jahre 2012 gibt es nur drei Bundesländer, die über einen Überschuss verfügen. Das heißt, dass nur drei Bundesländer Geberländer sind und die übrigen 13 Bundesländer die Nehmerländer sind, also erhalten sie die Ausgleichsbeiträge von den drei Geberländern Bayern, Baden-Württemberg und Hessen. Die Geberländerzahlen sind in der Tabelle fett gedruckt. Das Geberland Bayern zahlt an die Nehmerländer etwa 64,4% seines Überschusses ein, Baden-Württemberg rund 62,8% und Hessen ungefähr 61,7%.

Die Bundesländer sind in der Tabelle nach der Höhe der Ausgleichszuweisungen, bzw. der Ausgleichsbeiträge gereiht. Das finanzschwächste Bundesland ist Berlin. Berlin mit 3.517.389 Einwohnern erhob die Steuern in der Höhe von 10.380.461.000 Euro und die Höhe des Fehlbetrages ist -4.750.041.000 Euro, es bekommt jedoch nur 3.322.713.000 Euro von den Geberländern. Das kommt daher, weil die drei Geberländer nicht in der Lage sind, die Fehlbeträge aller Nehmerländer zu erstatten. Rechnet man also alle Ausgleichszuweisungen zusammen, gleichen sie der Summe der Überschüsse der Geberländer, allerdings sind sie niedriger als die Höhe der Fehlbeträge. Die Ausgleichsbeiträge werden proportionell errechnet und an alle Nehmerländer verteilt.⁴⁴

Die fehlende Summe bei den Fehlbeträgen, die mit den Ausgleichszuweisungen nicht finanziert werden können, werden durch die Bundesergänzungszuweisungen erstattet. Deshalb möchte ich in der nächsten Tabelle die Daten zum horizontalen Finanzausgleich bieten, also dem Finanzausgleich zwischen dem Bund und den Bundesländern.

⁴⁴ Vgl. *Der Finanzausgleich unter den Ländern für die Zeit vom 01.01.2012 – 31.12.2012*. [online]. Bundesministerium der Finanzen. [1.7.2013]. Zugang: http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche_Finanzen/Foederale_Finanzbeziehungen/Laenderfinanzausgleich/Vorlaeufige-Abrechnung-des%20Laenderfinanzausgleichs-fuer-das-Jahr-2012.pdf?__blob=publicationFile&v=1

**Die Daten zum Länderfinanzausgleich und zu den Bundesergänzungszuweisungen (BEZ)
2012⁴⁵**

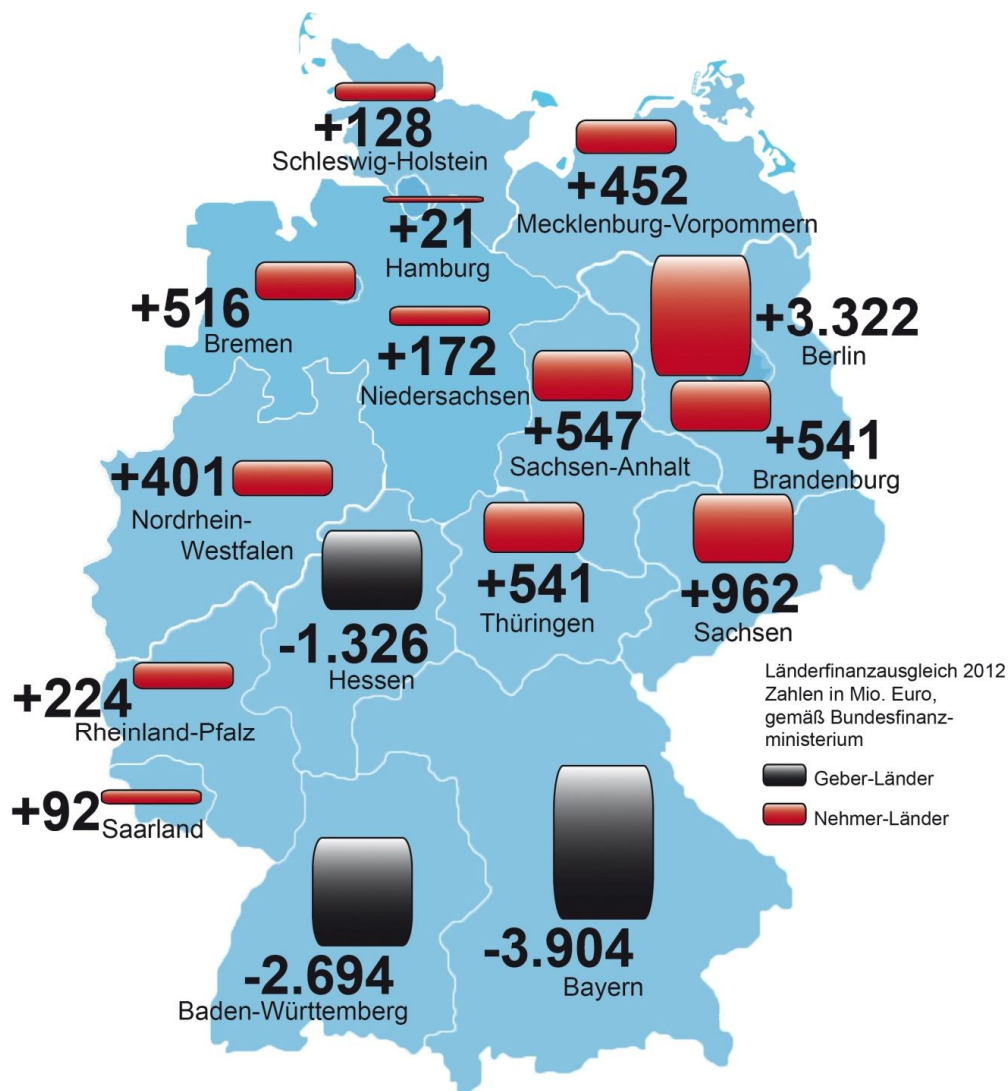
Bundesland	BY	BW	HE	HH	SL	SH	NI	RP
Finanzkraft in % des Länderdurchschnitts vor Länderfinanzausgleich	115,1	112,5	111,1	99,4	94,7	97,1	98,5	96,5
Finanzkraft in % des Länderdurchschnitts nach Länderfinanzausgleich	105,4	104,6	104,2	99,7	97,5	98,5	99,2	98,3
Allgemeine BEZ in Mio. Euro	-	-	-	-	49	67	55	121
Finanzkraft in % des Länderdurchschnitts nach Länderfinanzausgleich und allgemeinen BEZ	-	-	-	-	99,1	99,3	99,4	99,2
Bundesland	NW	MV	HB	TH	BB	ST	SN	BE
Finanzkraft in % des Länderdurchschnitts vor Länderfinanzausgleich	98,5	86,5	73,6	87,8	89,1	88,2	88,3	68,6
Finanzkraft in % des Länderdurchschnitts nach Länderfinanzausgleich	99,2	95,1	91,8	95,5	95,8	95,6	95,6	90,6
Allgemeine BEZ in Mio. Euro	134	178	196	219	227	224	395	1.048
Finanzkraft in % des Länderdurchschnitts nach Länderfinanzausgleich und allgemeinen BEZ	99,4	98,5	97,8	98,6	98,7	99,3	98,6	97,5

In der oben stehenden Tabelle wird die Finanzkraft vor dem Länderfinanzausgleich in Prozent gezeigt. Die drei Geberländer stehen über dem Durchschnitt mit mehr als 100%, die übrigen Länder, die Nehmerländer stehen dann unter dem Durchschnitt, also unter dem Wert von 100%. Als finanzschwächstes Bundesland erwies sich Berlin mit einem deutlichen Abstand von 19,7% vor dem vorletztfinanzschwächsten Bundesland Sachsen. Alle Nehmerländer außer Hamburg erhalten ebenfalls Bundesergänzungszuweisungen. Hamburg liegt nach dem Länderfinanzausgleich beim prozentualen Wert von 99,7 und muss daher nicht mehr gefördert werden, da es sich dem Länderdurchschnitt bereits beim Länderfinanzausgleich angeglichen hat. Die übrigen Bundesländer erhalten jedoch die BEZ, deren Höhe unterschiedlich ist, jedoch müssen alle Regeln erfüllt werden, die im Kapitel

⁴⁵ *Ergebnisse des Länderfinanzausgleichs 2012*. [online]. Bundesfinanzministerium der Finanzen. [3.7.2013]. Zugang: <http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Monatsberichte/2013/02/Inhalte/Kapitel-3-Analysen/3-3-ergebnisse-des-laenderfinanzausgleichs-2012.html>

Vertikaler Finanzausgleich angeführt wurden. Berlin erhält die höchste Summe, die 1,048 Mrd. Euro beträgt.⁴⁶

Um den Länderfinanzausgleich noch zusammenzufassen, lege ich eine übersichtliche Karte mit Säulendiagrammen vor, die die einzuzahlenden und zu erhaltenden Summen zeigen.



Quelle: Bundesfinanzministerium

17

⁴⁶ Vgl. *Ergebnisse des Länderfinanzausgleichs 2012*. [online]. Bundesfinanzministerium der Finanzen. [3.7.2013]. Zugang: <http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Monatsberichte/2013/02/Inhalte/Kapitel-3-Analysen/3-3-ergebnisse-des-laenderfinanzausgleichs-2012.html>

⁴⁷ Geber und Nehmer im Länderfinanzausgleich 2012. In: *Ministerpräsident Seehofer und Ministerpräsident Bouffier: „Länderfinanzausgleich muss Anstrengungen belohnen“ / Bayern und Hessen beschließen Klage gegen Länderfinanzausgleich*. [online]. Bayerische Staatsregierung. [4.7.2013]. Zugang: <http://www.bayern.de/Pressemitteilungen-.426.10417009/index.htm>

Aus der Graphik ergibt sich, dass die an die Nehmerländer einzuzahlenden Geldbeträge bei weitem höher sind, als die Geldbeträge, die die Nehmerländer erhalten. Diese Tatsache ist die Folge dessen, dass es nur drei Geberländer gibt, die finanziell stärker sind als die Nehmerländer. Dass die finanzielle Lage der Bundesländer in der BRD sehr unterschiedlich ist, beweist auch, dass der Bund die BEZ auszahlen muss, um die Bundesländer dem Bundesdurchschnitt anzugleichen. Auf der Graphik sieht man auch, dass die Ausgleichsbeiträge an die ehemaligen DDR-Länder höher sind als die an die westlichen Länder. Durchschnittlich beträgt die Höhe der Ausgleichsbeiträge an die westlichen Nehmerländer 222 Mio. Euro, bei den östlichen Nehmerländern liegt der durchschnittliche Ausgleichsbeitrag bei 1.060 Mio. Euro. Die Gesamtsumme der Ausgleichsbeiträge an die westlichen Bundesländer beträgt 1.554 Mio. Euro, die an die östlichen Bundesländer 6.365 Mio. Euro. Unter den Geberländern gibt es kein östliches Bundesland.⁴⁸

⁴⁸ Vgl. Geber und Nehmer im Länderfinanzausgleich 2012. In: *Ministerpräsident Seehofer und Ministerpräsident Bouffier: „Länderfinanzausgleich muss Anstrengungen belohnen“ / Bayern und Hessen beschließen Klage gegen Länderfinanzausgleich*. [online]. Bayerische Staatsregierung. [4.72013]. Zugang: <http://www.bayern.de/Pressemitteilungen-.426.10417009/index.htm>

5.8 Geber- und Nehmerländer in den Jahren 2000-2011

Als kurzer historischer Hinblick dient die Information, dass in den Jahren 2000-2007 Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen die Geberländer waren. Im Jahr 2008 fehlte unter den Geberländern Nordrhein-Westfalen, die Geberländer waren also Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg und Hessen. Im Jahre 2009 gab es wieder fünf Geberländer wie in den Jahren 2000-2007. In den Jahren 2010 und 2011 waren nur vier Geberländer, Nordrhein-Westfalen wurde in diesen Jahren erneut zum Nehmerland. Im Jahre 2012, wie schon ausführlich behandelt, gab es nur drei Geberländer, und zwar Baden-Württemberg, Bayern und Hessen.⁴⁹

⁴⁹ Vgl. *Daten zur horizontalen Umsatzsteuerverteilung zum Länderfinanzausgleich und zu den Bundesergänzungszuweisungen*. [online]. Bundesministerium der Finanzen. [4.7.2013]. Zugang: http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche_Finanzen/Foederale_Finanzbeziehungen/Laenderfinanzausgleich/Zusammenfassung-der%20Abrechnungsergebnisse-fuer-die-Jahre-ab1995.pdf?__blob=publicationFile&v=1

5.9 Pro- und Gegenargumente für den Finanzausgleich

Einerseits wird das Lebensniveau durch den Finanzausgleich in allen Bundesländern der BRD auf einem ähnlichen Stand gehalten und der Föderalismus wird dadurch auch gefördert, andererseits wird die finanzielle Eigenverantwortung für die Finanzmittel der Gebietskörperschaften als der Hauptkritikpunkt erwähnt. Den Nehmerländern fehlt es nämlich an ausreichender Motivation, die Steuerneinnahmen zu erhöhen, denn die Gebietskörperschaften erhalten sowieso genug finanzielle Mittel, um an den Lebensstandardwert bundesweit gelangen zu können. Ein weiterer wesentlicher Kritikpunkt ist, dass die Bundesländer, bzw. die Körperschaften eine übermäßige Verschuldung nicht vermeiden müssen. Falls sie in eine finanzielle Not geraten, können sie sich nämlich darauf verlassen, dass sie ihre Finanzkrise durch den Finanzausgleich loswerden. Dies kann dazu führen, dass bei der Haushaltspolitik nicht ausreichend Disziplin verlangt wird.⁵⁰

⁵⁰ Vgl. Finanzausgleich. In: *Wie funktioniert das? Wirtschaft heute*.

6. Zusammenhang von Partei- und Länderinteressen im aktuellen Diskurs um den Finanzausgleich

Nachdem der theoretische Teil über die Mechanismen des Finanzausgleichs in der Bundesrepublik Deutschland behandelt wurde, möchte ich mich im praktischen Teil meiner Bachelorarbeit der Diskursanalyse zum Thema Zusammenhang von Partei- und Länderinteressen im aktuellen Diskurs um den Finanzausgleich widmen. Wegen der enormen Geldbeträge, die unter die einzelnen Bundesländer verteilt werden, gilt der Finanzausgleich als eine umstrittene Angelegenheit, die in der BRD für einen ausreichenden Meinungswechsel sorgt.

Die politischen Parteien befinden sich in einer schwierigen Lage, denn sie vertreten gewisse politische Ideen, die aber in jedem Bundesland anders wahrgenommen werden können. Diese Ideen können auch in jedem Bundesland von einer anderen Priorität und von anderen Interessen sein. Um die Wähler zu gewinnen, müssen sich die politischen Parteien in jedem Bundesland entscheiden, welche Ansichten sie zu den bundesweiten Angelegenheiten haben werden und auf welche Art und Weise sie sie durchsetzen und in den Vordergrund rücken werden. Die bundesweiten Angelegenheiten, wie der Finanzausgleich, gelten als heikel, denn es geht um viel Geld, das die Bürger effektiv benutzt sehen wollen. Dieser Tatsache müssen sich auch die politischen Parteien anpassen.⁵¹

In den folgenden Kapiteln möchte ich die Begründung und Einstellung zu der im Jahre 2013 eingereichten Klage und die gemeinsamen im Wahlprogramm verankerten politischen Interessen und Ideen der zwei größten politischen Parteien in der BRD in den Zusammenhang mit den Interessen und Ideen derselben politischen Parteien in ausgewählten Bundesländern bringen und ich möchte analysieren, inwieweit sich diese Interessen und Ideen voneinander unterscheiden. Die ausgewählten Bundesländer sind die drei Geberländer Bayern, Baden-Württemberg und Hessen und Berlin und Sachsen, zwei Nehmerländer, die die höchsten Geldbeträge im Rahmen des Finanzausgleichs erhielten. Ergänzt werden die bundesweiten Beschlüsse der zurzeit im Bundestag vertretenen Parteien.

⁵¹ Vgl. *Milliarden-Umverteilung. Nur noch drei Länder stemmen Finanzausgleich*. [online]. Die Welt. [19.7-2013]. Zugang: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article112831338/Nur-noch-drei-Laender-stemmen-Finanzausgleich.html>

Um die Partei- und Länderinteressen in Zusammenhang bringen zu können, ist es notwendig zu erwähnen, welche politischen Parteien zurzeit in den Regierungen und welche in der Opposition der jeweiligen Bundesländer sitzen (in den Klammern ist die Anzahl der Sitze in den Landesparlamenten):

Bundesland	Regierungsparteien	Oppositionsparteien
<i>Bayern</i>	CSU (92), FDP (16)	SPD (39), FW (20), Grüne (19), fraktionslos (1)
<i>Hessen</i>	CDU (46), FDP (19)	SPD (29), Grüne (17), Die Linke (6), AfD (1)
<i>Baden-Württemberg</i>	Grüne (36), SPD (35)	CDU (60), FDP/DVP (7)
<i>Sachsen</i>	CDU (58), FDP (14)	Die Linke (29), SPD (14), Grüne (9), NPD (8)
<i>Berlin</i>	SPD (47), CDU (38)	Grüne (29), Linke (19), Piraten (15), fraktionslos (1)

52

⁵² *Wahlergebnisse*. [online]. Wahlen, Wahlrecht und Wahlsysteme. [5.7.2013]. Zugang: <http://www.wahlrecht.de/ergebnisse/>

6.1 Die Klagen gegen den Länderfinanzausgleich in der Vergangenheit

Der Länderfinanzausgleich galt schon seit der Einführung als ein umstrittener Bereich und es waren bereits insgesamt vier Klagen eingereicht worden.

6.1.2 Die erste Klage 1952

Das klagende Land Baden-Württemberg war mit dieser Klage nicht erfolgreich gewesen. Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hatte den horizontalen Finanzausgleich als nicht verfassungswidrig erklärt, wobei Baden-Württemberg nur die Bundeszuschüsse für verfassungskonform gehalten hatte.⁵³

6.1.3 Die zweite Klage 1986

Bei dieser Klage war der Länderfinanzausgleich als nicht verfassungskonform erklärt worden, weil die Finanzkraft der Länder unzureichend bestimmt worden war, indem die bergrechtlichen Förderabgaben, die Spielbankenabgabe, Grunderwerb- und die Feuerschutzsteuer nicht einbezogen worden waren. Zugleich war die Einwohnerveredelung, d.h. eine deckende Vergünstigung eines höheren Finanzbedarfs für besondere Aufgaben mancher Bundesländer, für die Küstenländer wegen ihrer Häfen und der Stadtstaaten wegen der Einwohnerdichte eingeführt worden.⁵⁴

6.1.4 Die dritte Klage 1992

Diesmal hatten vier Bundesländer geklagt, und zwar Bremen und Hamburg wegen einer zu ungünstigen Einwohnerveredelung und Schleswig-Holstein und Saarland wegen der Unberücksichtigung der schwachen Finanzkraft ihrer Kommunen. Die Klage war nicht erfolgreich gewesen.⁵⁵

6.1.5 Die vierte Klage 1999

Diese Klage hatten Baden-Württemberg, Bayern und Hessen eingereicht. Sie hatten eine Verringerung der Belastung der wenigen Geberländer gefordert, indem der Länderfinanzausgleich in zwei Stufen durchgeführt werden sollte. In der ersten Stufe sollte laut einem Maßstäbengesetz festgelegt werden, wie das Umsatzsteueraufkommen und die

⁵³ Vgl. HOLL, Thomas; SOLDT, Rüdiger: „Die Schmerzgrenze ist erreicht“. [online]. Frankfurter Allgemeine Zeitung. [4.7.2013]. Zugang: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/klage-gegen-laenderfinanzausgleich-die-schmerzgrenze-ist-erreicht-12051768.html>

⁵⁴ Vgl. HOLL, Thomas; SOLDT, Rüdiger: „Die Schmerzgrenze ist erreicht“. [online]. Frankfurter Allgemeine Zeitung. [4.7.2013]. Zugang: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/klage-gegen-laenderfinanzausgleich-die-schmerzgrenze-ist-erreicht-12051768.html>

⁵⁵ Vgl. HOLL, Thomas; SOLDT, Rüdiger: „Die Schmerzgrenze ist erreicht“. [online]. Frankfurter Allgemeine Zeitung. [4.7.2013]. Zugang: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/klage-gegen-laenderfinanzausgleich-die-schmerzgrenze-ist-erreicht-12051768.html>

Bundesergänzungszuweisungen verteilt werden und in der zweiten sollten die Finanzmittel auf der Grundlage des ersten Schrittes endverteilt werden. Zwar waren etliche Änderungen vom Verfassungsgericht umgesetzt, jedoch zeigte sich das vorgeschlagene System zu unpraktisch und infolgedessen blieb das System mit wenigen Geber- und vielen Nehmerländern.⁵⁶

⁵⁶ Vgl. HOLL, Thomas; SOLDT, Rüdiger: „Die Schmerzgrenze ist erreicht“. [online]. Frankfurter Allgemeine Zeitung. [4.7.2013]. Zugang: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/klage-gegen-laenderfinanzausgleich-die-schmerzgrenze-ist-erreicht-12051768.html>

6.2 Die Klage gegen den Finanzausgleich 2013

Der bayerische Staatspräsident Horst Seehofer (CSU) und der hessische Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) kündigten am 5. Februar 2013 an, dass der Freistaat Bayern und das Land Hessen eine Klage gegen die jetzige Form des Länderfinanzausgleichs einreichen würden. Die Klage wurde einen Monat darauf beim Verfassungsgericht eingereicht. Es wird erwartet, dass das Verfassungsgericht in Karlsruhe mehrere Monaten brauchen wird, bis das Urteil gefällt werden wird.⁵⁷

6.2.3 Die Begründung der Klage

Zur Begründung der Klage äußerten sich die Regierungschefs in der Pressemitteilung folgenderweise: *„Der Zeitpunkt für eine Klage ist nun gekommen. Auf dem Verhandlungsweg sind wir zu keiner Einigung gekommen. Im Gegenteil, von einigen Empfängerländern wurde jede Diskussion über die Forderungen der Zahlerländer abgelehnt. Die Klage ist ein Akt politischer Notwehr und ist jetzt folgerichtig. Sie entspricht den vorangegangenen Beschlüssen, zuletzt des Kabinettsbeschlusses der Länder Bayern, Baden-Württemberg und Hessen vom 24. Januar 2011.“*⁵⁸ Baden-Württemberg schloss sich der Einreichung der Klage nicht an, der Ministerpräsident von Baden-Württemberg Winfried Kretschmann (Grüne) sagte, den Länderfinanzausgleich könne nicht das Gericht ändern. Verhandeln sei das, worum es gehe. Und die Länder müssten selbst zeigen, dass sie Politik gestalteten, dass der Föderalismus etwas sei, das sie fortentwickeln und lebendig halten könnten. Die Klage sei für Baden-Württemberg der letzte Ausweg.⁵⁹

⁵⁷ Vgl. Geber und Nehmer im Länderfinanzausgleich 2012. In: *Ministerpräsident Seehofer und Ministerpräsident Bouffier: „Länderfinanzausgleich muss Anstrengungen belohnen“ / Bayern und Hessen beschließen Klage gegen Länderfinanzausgleich*. [online]. Bayerische Staatsregierung. [4.7.2013]. Zugang: <http://www.bayern.de/Pressemitteilungen-.426.10417009/index.htm>

⁵⁸ Geber und Nehmer im Länderfinanzausgleich 2012. In: *Ministerpräsident Seehofer und Ministerpräsident Bouffier: „Länderfinanzausgleich muss Anstrengungen belohnen“ / Bayern und Hessen beschließen Klage gegen Länderfinanzausgleich*. [online]. Bayerische Staatsregierung. [4.7.2013]. Zugang: <http://www.bayern.de/Pressemitteilungen-.426.10417009/index.htm>

⁵⁹ Vgl. Klage gegen den Finanzausgleich „Ja zur Solidarität, aber Nein zur Ungerechtigkeit“. [online]. Frankfurter Allgemeine Zeitung. [4.7.2013]. Zugang: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/klage-gegen-finanzausgleich-ja-zur-solidaritaet-aber-nein-zur-ungerechtigkeit-12127510.html>

Der bayerische Staatspräsident Seehofer bezeichnete den Länderfinanzausgleich „*unsolidarisch, ungerecht und leistungsfeindlich*“⁶⁰. Der Länderfinanzausgleich befinde sich in einer Schieflage und könne nicht mehr richtig funktionieren, indem lediglich drei Bundesländer 13 Nehmerländer finanziell unterstützen müssten. Allein das Bundesland Berlin habe im Jahre 2012 über 3,3 Mrd. Euro erhalten, was mehr als 40 Prozent des gesamten Ausgleichsvolumen entspreche. Hamburg das Land mit der stärksten Steuerkraft sei 2012 sogar ein Nehmerland geworden, was zeige, wie grotesk der Länderfinanzausgleich geworden sei. „*Der derzeitige Finanzausgleich bestraft gute Politik und belohnt politisches Nichtstun.*“⁶¹

Besonders kritisch äußerte sich der Stellvertretende Hessische Ministerpräsident Hahn zur Lage Berlins im Rahmen des Länderfinanzausgleichs. Die Bundeshauptstadt werde nicht angemessen behandelt, indem sie eine Sonderrolle genieße. Berlin habe nämlich im Jahre 2005 mit 2,460 Mrd. Euro etwa 35 Prozent des gesamten Ausgleichsvolumens erhalten und im Jahre 2011 mit über 3 Mrd. Euro und 2012 seien es mit rund 3,3 Mrd. Euro mehr als 40 Prozent gewesen.⁶²

Der hessische Ministerpräsident Bouffier betonte auch, dass es den Nehmerländern an ausreichenden Anreizen fehle, die Steuerkraft zu erhöhen und ihre finanzielle Lage zu verbessern. Die Anreiz- und Ausgleichsfunktion stünden in der heutigen Gestaltung des Länderfinanzausgleichs nicht in Balance. „*Die Bürgerinnen und Bürger unserer Länder haben ein Recht darauf, dass die Steuermehreinnahmen zuerst denjenigen zufließen, die sie erarbeiten*“,⁶³ ergänzte er.

⁶⁰ Geber und Nehmer im Länderfinanzausgleich 2012. In: *Ministerpräsident Seehofer und Ministerpräsident Bouffier: „Länderfinanzausgleich muss Anstrengungen belohnen“ / Bayern und Hessen beschließen Klage gegen Länderfinanzausgleich*. [online]. Bayerische Staatsregierung. [4.7.2013]. Zugang: <http://www.bayern.de/Pressemitteilungen-.426.10417009/index.htm>

⁶¹ Geber und Nehmer im Länderfinanzausgleich 2012. In: *Ministerpräsident Seehofer und Ministerpräsident Bouffier: „Länderfinanzausgleich muss Anstrengungen belohnen“ / Bayern und Hessen beschließen Klage gegen Länderfinanzausgleich*. [online]. Bayerische Staatsregierung. [4.7.2013]. Zugang: <http://www.bayern.de/Pressemitteilungen-.426.10417009/index.htm>

⁶² Vgl. Geber und Nehmer im Länderfinanzausgleich 2012. In: *Ministerpräsident Seehofer und Ministerpräsident Bouffier: „Länderfinanzausgleich muss Anstrengungen belohnen“ / Bayern und Hessen beschließen Klage gegen Länderfinanzausgleich*. [online]. Bayerische Staatsregierung. [4.7.2013]. Zugang: <http://www.bayern.de/Pressemitteilungen-.426.10417009/index.htm>

⁶³ Geber und Nehmer im Länderfinanzausgleich 2012. In: *Ministerpräsident Seehofer und Ministerpräsident Bouffier: „Länderfinanzausgleich muss Anstrengungen belohnen“ / Bayern und Hessen beschließen Klage gegen Länderfinanzausgleich*. [online]. Bayerische Staatsregierung. [4.7.2013]. Zugang: <http://www.bayern.de/Pressemitteilungen-.426.10417009/index.htm>

Der hessische Ministerpräsident unterstrich weiterhin, dass eine Verhandlungslösung gescheitert sei, denn seit Jahren hätten sich die Geberländer um eine Neuordnung des Länderfinanzausgleichs bemüht. Bouffier sagte noch, dass die Geberländer stets verdeutlicht hätten, dass sie einen konstruktiven Dialog einer Klage vorzögen. Die Mehrheit der Nehmerländer sei nicht bereit gewesen, über kurzfristige Änderungen zu sprechen.

Sowohl Seehofer, als auch Bouffier betonten, dass beide Bundesländer die Solidarität unter den Ländern befürworteten, jedoch sei ihr Ziel, die Balance zwischen Solidarität und Eigenverantwortung wieder herzustellen. Der Sinn des Länderfinanzausgleichs dürfe nicht sein, die stärkeren zu schwächen.

Laut den Regierungen in Bayern und Hessen sollen das Maßstäbengesetz sowie das Finanzausgleichsgesetz verfassungswidrig sein. Das Maßstäbengesetz verstoße gegen die Verfassung, denn das Bundesverfassungsgericht habe den Gesetzgeber in seinem Urteil vom 11. November 1999 verpflichtet, das Steuerverteilungs- und Ausgleichssystem entsprechend den finanzwirtschaftlichen und finanzwissenschaftlichen Erkenntnissen durch anwendbare Maßstäbe gesetzlich zu konkretisieren und zu ergänzen. Die Maßstäbe für die Verteilung des Umsatzsteueraufkommens und die Gewährung der Bundesergänzungszuweisungen seien defizitär, da dem im Gesetz genannten Auftrag das Maßstäbengesetz nicht genüge. Der Gesetzgeber habe sich darauf beschränkt, die Formulierungen des Bundesverfassungsgerichts zu wiederholen, anstatt eigene Maßstäbe zu bilden und zu begründen. Das Finanzausgleichsgesetz verletze die Verfassung, weil die vorgegebene Einwohnergewichtung nicht rational sei, denn einerseits werden die Einwohnerzahlen der dicht besiedelten Stadtstaaten um 35 Prozent, andererseits die Einwohnerzahlen der Flächenstaaten rechnerisch erhöht. Damit seien die Mehrkosten bei den Stadtstaaten zu hoch und deswegen unangemessen.

Weiterhin soll die Finanzkraft der Gemeinden, die zu 64 Prozent von der Finanzkraft der Bundesländer eingerechnet wird, zu hoch. Und die Gemeinden könnten trotz eines niedrigen Finanzkraftprozentsatzes genug unabhängige finanzwirtschaftliche Gebietskörperschaften sein. Als Folge dessen wären dann die Länderhaushalte nicht so belastet.

Laut der bayerischen und hessischen Regierungen sei die Gewährung der Sonderbedarfsbundesergänzungszuweisungen nicht nachvollziehbar, denn nunmehr an zehn

von 16 Bundesländern diese eingezahlt würden. Dies sei wenig begründbar, genauso wie die Höhe der Zahlungen.

Abschließend führt die Bayerische Staatsregierung an, dass der Finanzausgleich zu einer zu weitgehenden Nivellierung der Länderfinanzkraft führe, infolgedessen versage die Anreizwirkung des Finanzausgleichs in der BRD.⁶⁴

⁶⁴ Vgl. Geber und Nehmer im Länderfinanzausgleich 2012. In: *Ministerpräsident Seehofer und Ministerpräsident Bouffier: „Länderfinanzausgleich muss Anstrengungen belohnen“ / Bayern und Hessen beschließen Klage gegen Länderfinanzausgleich*. [online]. Bayerische Staatsregierung. [4.7.2013]. Zugang: <http://www.bayern.de/Pressemitteilungen-426.10417009/index.htm>

6.3 Die Ansichten der politischen Parteien

In den folgenden Kapiteln möchte ich die Ansichten der Parteien und ihre Parteiprogramme vorstellen und analysieren und zwar auf der sowohl bundesweiten, als auch der Länderbasis, was den deutschen Finanzausgleich anbelangt. Ich möchte in den nächsten Kapiteln ebenfalls ermitteln, inwieweit sich die Programme überschneiden oder voneinander unterscheiden. Als ein anderes Ziel der folgenden Kapitel möchte ich die Reaktionen auf die Klage gegen den Finanzausgleich zusammenfassen und in Zusammenhang mit den Länder- und Parteiinteressen bringen.

6.3.1 Die CDU/CSU (Die Christlich Demokratische Union Deutschlands / Die Christlich-Soziale Union in Bayern)

Die CDU ist eine konservative Partei, die zurzeit im deutschen Bundestag (seit 2009) mit ihrer Schwesterpartei CSU und der Freien Demokratischen Partei (FDP) regiert. Die Bundeskanzlerin Angela Merkel ist ein CDU-Mitglied. Die CSU tritt nur in den Wahlen in Bayern an, sie ist also eine rein bayerische politische Partei, jedoch bundesweit tritt sie zusammen mit der CDU in den Wahlen an. In Bayern ist die CSU heutzutage die regierende Partei zusammen mit der FDP.⁶⁵

6.3.1.1 Bundesweite Beschlüsse der CDU/CSU zum Finanzausgleich

Bei der Konferenz zum Haushalts- und Finanzpolitischen vom 22.-23. Oktober 2012 in Potsdam sprachen sich die CDU/CSU-Fraktionen für eine Reform des Finanzausgleichs in der BRD aus.

Der Länderfinanzausgleich solle auch weiterhin für einen jedoch angemessenen Finanzausgleich sorgen, indem die Balance zwischen Eigenstaatlichkeit der Länder und bundesstaatlicher Solidargemeinschaft gewahrt bleibe. Ziel des Länderfinanzausgleichs solle künftig nicht sein, die finanzielle Ausstattung aller Länder völlig zu nivellieren. Die heutigen Ausgleichsmechanismen könnten nämlich in bestimmten Situationen dazu führen, dass Änderungen in Landeshaushalten überkompensiert würden. Deswegen sollten die Ausgleichsmechanismen abgeschwächt werden, um Anreize für die Nehmerländer herzustellen und höhere Einnahmen zu erzielen.

⁶⁵ Vgl. Wachsetum. Bildung. Zusammenhalt. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP. [online]. Christlich Demokratische Union Deutschlands. [3.7.2013]. Zugang: <http://www.cdu.de/sites/default/files/media/dokumente/091026-koalitionsvertrag-cducsu-fdp.pdf>

Laut dem Programm der CDU/CSU steige auch die Zuschussintensität bei fallender Steuerkraft prozentual an, infolgedessen würden die Länder mit guter Steuerkraft bestraft, was mit der Solidarität wenig zu tun habe.

Die CDU/CSU befürwortete ebenfalls die Idee, dass der Finanzausgleich als ein Mittel zur Angleichung der finanziellen Lage über den Länderfinanzausgleich, d.h. primär unter den Ländern, durchgeführt werden solle. Die deutschen Bundesländer seien nämlich souveräne Ländergemeinschaften im deutschen sowie europäischen Föderalismus, daher sollten die Bundesländer nicht primär die Kostendeckungshilfen vom Bund bekommen. Die BEZ sollten weiter ausgezahlt werden, allerdings sollten sie die Ergebnisse des Länderfinanzausgleichs besser widerspiegeln.

Als weiteren Punkt sähen die CDU und CSU die Kommunen als den Leistungskraftmaßstab der Bundesländer und deswegen seien diese durch den Länderfinanzausgleich finanziell unterschiedlich je nach ihrer Leistungskraft zu berücksichtigen. Daher sollte die Ausgabenverteilung zwischen allen drei Gebietskörperschaften überarbeitet werden.

Hauptsächlich wolle die CDU/CSU, dass die Empfängerländer Anreize bekommen, um ihre Einnahmesituation zu verbessern. Die höheren Einkünfte der Geberländer seien durch den Länderfinanzausgleich als Ausgleichsbeiträge nicht verlieren zu gehen. Die finanzielle Lage eines jeden Bundeslandes solle die Stärke der Bundesländer widerspiegeln und daher solle gezeigt werden, ob ein Land gut oder schlecht regiert werde. Diese Erkennbarkeit dürfe nicht durch die Ausgleichsmechanismen des Länderfinanzausgleichs aufgelöst werden.

Die strukturellen Änderungen im Rahmen der Bundesländer seien auch zu überdenken, denn die demografische Entwicklung, Bevölkerungswanderung oder geografische Besonderheiten seien zu berücksichtigen.

Die CDU/CSU sei sich dessen bewusst, dass die Bundeshauptstadt intensiver unterstützt werden solle, da damit besondere Aufgaben zu erfüllen seien, jedoch solle eine jährliche Bundeshauptstadthilfe zur Verfügung gestellt werden, die sich aus dem Wegfall der Verpflichtungen des Bundes für den Solidarpakt II bezahlen solle.⁶⁶

⁶⁶Vgl. *Eckpunkte für eine Reform des Länderfinanzausgleichs und der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen*. [online]. Deutscher Städte- und Gemeindebund. [1.7.2013]. Zugang:

6.3.1.2 Die Ansichten der CSU in Bayern

Die Ideen zur Reform des Finanzausgleichs bei der CSU in Bayern stimmen völlig mit den Punkten der bundesweiten Beschlüsse. Die CDU in Bayern tritt sehr stark gegen die jetzige Gestaltung des Finanzausgleichs in der BRD. Die Gründe und Kommentare wurden schon im Kapitel über die Klage ausgeführt.⁶⁷

6.3.1.3 Die Ansichten der CDU in Hessen

Hessen reichte zusammen mit Bayern die Klage beim Bundesverfassungsgericht ein und in ihrem Länderprogramm stimmt die Partei völlig mit den Punkten der bundesweiten Beschlüsse und bemüht sich massiv, genauso wie Bayern, um eine Reform des Finanzausgleichs.⁶⁸

6.3.1.4 Die Ansichten der CDU in Baden-Württemberg

Die CDU ist eine oppositionelle Partei in Baden-Württemberg und daher verfügt sie nicht über genug Kraft, sich der Klage anzuschließen, die sie befürwortet. Die Ansichten der CDU in Baden-Württemberg stimmen ganz mit den bundesweiten Beschlüssen und die CDU in Baden-Württemberg wirft der grün-roten Landesregierung und dem Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann und dem Minister für Finanzen und Wirtschaft Nils Schmid heftig vor, sich der Klage nicht angeschlossen zu haben, denn Baden-Württemberg zahlt den zweithöchsten Geldbetrag ein: *„Vermutlich werden die Herren Kretschmann und Schmid auch angesichts dieser Zahlen den zahnlosen Tiger spielen, der noch nicht einmal zum Sprung ansetzt. Jede neue Meldung über den Länderfinanzausgleich und das Ausmaß, wie er Baden-Württemberg belastet, erkleinern aber den Spielraum der Landesregierung bei der Suche nach Ausreden, warum sie nichts unternimmt. Die Landesregierung steht vor der Frage, warum sie bis 2019 die Menschen im Land weitere Milliardenschulden aufhalsen will, sie zugleich aber nichts dagegen unternimmt, dass wegen eines leistungsfeindlichen Länderfinanzausgleichs Milliardensummen aus dem Land abfließen. Grün-Rot muss sich der*

<http://www.dstgb.de/dstgb/Home/Schwerpunkte/Gemeindefinanzen/Aktuelles/Eckpunktepapier%20der%20CDU-CSU-Landtagsfraktionen%20zum%20L%C3%A4nderfinanzausgleich/Eckpunktepapier%20der%20CDU-CSU-Landtagsfraktionen%20Beschluss.pdf>

⁶⁷ Vgl. *Klage gegen Länderfinanzausgleich*. [online]. Christlich-Soziale Union in Bayern. [20.6.2013]. Zugang: <http://www.csu.de/aktuell/meldungen/maerz-2013/klage-gegen-laenderfinanzausgleich/>

⁶⁸ Vgl. *Manfred Pentz: „Hessen beim Länderfinanzausgleich wieder Zahlmeister der Nation.“* [online]. CDU Hessen. [24.6.2013]. Zugang: <http://www.cduhessen.de/inhalte/2/aktuelles/36147/manfred-pentz-hessen-beim-laenderfinanzausgleich-wieder-zahlmeister-der-nation-/index.html>

*Klage Bayerns und Hessens anschließen. Ausnahmsweise mal nicht nur schwätzen, sondern direkt etwas tun!*⁶⁹

6.3.1.5 Die Ansichten der CDU in Berlin

Die führenden CDU-Politiker in Berlin sprachen sich gegen die Klage aus, indem sie forderten, dass die Bundeshauptstadt weiter unterstützt werde. Die CDU in Berlin stimme der Einreichung der Klage nicht zu, denn die Bundeshauptstadt übt die repräsentative Funktion für alle Bundesländer aus und der wirtschaftliche Nachholbedarf in Berlin bestehe weiterhin, denn die großen Industrieunternehmen seien in den Westen abgewandert und dadurch profitierten gerade die südlichen Bundesländer. Die CDU in Berlin sprach sich ebenfalls für eine weitgehendere finanzielle Unterstützung aus, indem jedes Bundesland Berlin als Bundeshauptstadt fördern solle. Es sei im Interesse aller, die Bundeshauptstadt zu unterstützen. Die Berliner CDU betonte, dass Berlin massive Geldmittel in Infrastruktur investiert habe, was ihrer Meinung nach die richtige Wirtschaftspolitik sei und dass bei anderen Ländern diese Investitionen nicht in so einer hohen Masse durchgeführt worden seien, daher profitierten die anderen Nehmerländer vom Finanzausgleich heutzutage viel mehr als Berlin.⁷⁰

6.3.1.6 Die Ansichten der CDU in Sachsen

Der sächsische Ministerpräsident Stanislaw Tillich zeigte sich, im Gegenteil zu Berlin, nicht so stark gegen eine Neuregelung des Finanzausgleichs, jedoch behauptet er, die Klage sei kein richtiges Mittel zur Lösung dieser Situation. Er meint weiterhin, die Klage erschwere die Neuregelung und er habe kein Verständnis dafür, dass die bestehenden Regelungen infrage gestellt würden. Er verstehe andererseits, dass sich die Schere zwischen den Geber- und Nehmerländern massiv geöffnet habe. Er verstehe ebenfalls, dass die Klage seitens Hessens nachvollziehbar sei, falls Hessen Kredite aufnehmen müsse, um den Finanzausgleich bezahlen zu können. Jedoch äußerte sich Tillich skeptisch gegenüber Bayern, mit dem Sachsen eng zusammenarbeite und er sagte, dass sich Sachsen um eine solide

⁶⁹ Vgl. „Grün-Rot muss sich der Klage Bayerns und Hessens gegen den Länderfinanzausgleich anschließen“. [online]. CDU Baden-Württemberg. [10.7.2013]. Zugang: <http://www.cdu-bw.de/aktuelles/presse/presse-detail/artikel/gruen-rot-muss-sich-der-klage-bayerns-und-hessens-gegen-den-laenderfinanzausgleich-anschiessen.html>

⁷⁰ Vgl. *CDU Berlin protestiert gegen Klage*. [online]. Berliner Zeitung. [10.7.2013]. Zugang: <http://www.berliner-zeitung.de/berlin/laenderfinanzausgleich-cdu-berlin-protestiert-gegen-klage,10809148,21650858.html>

Haushaltspolitik gekümmert habe und diese dann auch in der Praxis umgesetzt habe. Sachsen nehme seit 2006 keine Kredite mehr und tilge seitdem seine Schulden.⁷¹

6.3.1.6 Zusammenfassend zur CDU/CSU

Diese Partei tritt gegen die jetzige Gestaltung des Finanzausgleichs und in den Bundesländern wird diesem Konzept zugestimmt, mit Ausnahme von Berlin, das eine weitgehende finanzielle Unterstützung befürwortet. Die CDU, bzw. CSU in den Geberländern zeigt sich ausgesprochen gegen den heutigen Finanzausgleich und unterstützt die eingereichte Klage. Die CDU in den zwei Nehmerländern ist gespalten. Sachsen tritt nicht völlig gegen eine Neuregelung ein, zeigt sich aber skeptisch vor allem gegen die Einstellung Bayerns. Berlin protestiert im Ganzen. Im Allgemeinen kann man zusammenfassen, dass die Parteiinteressen den Länderinteressen mit Ausnahme von Berlin entsprechen.

6.3.2 Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

Laut dem Hamburger Programm aus dem Jahr 2007 setzt die SPD auf Solidarität, Gerechtigkeit und Freiheit und orientiert sich vor allem an Arbeiterklasse. Die SPD ist im jetzigen Bundestag eine oppositionelle Partei und bildet den Gegenpol zur CDU/CSU, was die politischen Ideen betrifft.⁷²

6.3.2.1 Bundesweite Beschlüsse der SPD zum Finanzausgleich

Die SPD proklamiert in ihrem Parteiprogramm, dass nur eine Erhöhung der Steuern bessere Finanzlage Deutschlands sichern könne, daher setze sich diese Partei für eine Erhöhung der meisten Steuern oder zur Einführung neuer Steuern wie der Erbschaft- oder Finanztransaktionssteuer, die zur Finanzierung des Finanzausgleichs dienen sollten.

Die SPD glaubt, die Solidarität sei notwendig für ein gutes Funktionieren der Bundesrepublik, daher spielt der Finanzausgleich eine Rolle von grundlegender Bedeutung.

Die SPD sei sich dessen bewusst, dass der jetzige Finanzausgleich 2019 ablaufe und fordert die folgenden Punkte: Die SPD stehe für einen solidarischen Bundesstaat. Als Beispiel gibt sie die Einführung des Solidarpaktes II, der von Gerhard Schröder im Jahre 2001 eingeführt

⁷¹ Vgl. *Tillich: Klage gegen Finanzausgleich behindert Neuregelung*. [online]. CDU Sachsen. [11.7.2013]. Zugang: <http://www.cdu-sachsen.de/inhalte/58/presse/11220/tillich-klage-gegen-finanzausgleich-behindert-neuregelung/index.html>

⁷² Vgl. *Das Wir entscheidet. Das Regierungsprogramm 2013-2017*. [online]. Sozialdemokratische Partei Deutschlands. [11.7.2013]. Zugang: http://www.spd.de/linkableblob/96686/data/20130415_regierungsprogramm_2013_2017.pdf

worden sei und der den neuen Bundesländern die Chance auf eine eigene Entwicklung gegeben habe. Dies sei eine richtige Solidarität für die SPD und die Klage Bayerns und Hessens zeige, dass die Solidarität in Gefahr geraten sei. Die SPD behauptet in ihrem Parteiprogramm, dass sie die einzige gesamtdeutsche politische Partei Deutschlands einen Interessenausgleich zwischen wirtschaftlich schwachen und starken Ländern durchsetze. Der Interessenausgleich, wie die SPD den Finanzausgleich nennt, solle nicht nach West oder Ost orientiert sein, sondern er solle die Schwierigkeiten in den Kommunen und Regionen lösen. Zur Umsetzung des gerechtigten Interessenausgleichs wolle die SPD einen nationalen Schuldentilgungsfonds zur Auflösung der Altschulden einführen.

Die Kommunen spielten eine bedeutende Rolle im Rahmen des Bundesstaates und sollten infolgedessen am meisten unterstützt werden, denn dort verlaufe das Leben der Deutschen. Die SPD schlage vor, den Kommunen mehr als insgesamt 22 Mrd. Euro durch den Finanzausgleich zur Verfügung zu stellen.

Als Teil des Finanzausgleichs in der BRD solle auch ein gesamtdeutscher Solidarpakt III eingeführt werden, und zwar unter dem Namen „Solidarpakt Strukturschwache Regionen“, der ab 2020 wirken solle und die schwachen Regionen in sowohl West-, als auch Ostdeutschland finanziell unterstützen solle.

Als nächsten Punkt lehne die SPD durchaus eine Antastung des Programms Aufbau Ost, denn es ermögliche den ostdeutschen Ländern sich zu entwickeln und dem Lebensniveau in den westlichen Bundesländern anzunähern, was ein fester Bestandteil der Solidarität sei.⁷³

6.3.2.2 Die Ansichten der SPD in Bayern

Die SPD in Bayern stimmt den bundesweiten Beschlüssen zum Finanzausgleich zu und behauptet, die Nivellierung der Länderverhältnisse bundesweit sei die richtige Wahl, denn gerade Bayern sei 38 Jahre lang ein Empfängerland gewesen.⁷⁴ Jedoch schreibe die bayerische SPD in ihrem Wahlprogramm, die jetzigen Ausgleichsmechanismen sollten weiterentwickelt werden, so dass die drei Geberländer nicht zu einem so hohen Maße wie

⁷³ Vgl. *Das Wir entscheidet. Das Regierungsprogramm 2013-2017*. [online]. Sozialdemokratische Partei Deutschlands. [11.7.2013]. Zugang:

http://www.spd.de/linkableblob/96686/data/20130415_regierungsprogramm_2013_2017.pdf

⁷⁴ Bayern erhielt die Finanzhilfe durch den Länderfinanzausgleich in den Jahren von 1950-1986 und dann noch im Jahre 1992. (Vgl. BÖRSEN, Wenke: *Die Zahlmeister gegen die Kirchenmäuse*. [online]. Tagesschau. [11.7.2013]. Zugang: <http://www.tagesschau.de/inland/laenderfinanzausgleich130.html>)

jetzt belastet würden. Die SPD in Bayern bekenne sich auch zum sog. Interessenausgleich, wie bundesweit beschlossen wurde.

Eine harte Kritik übt die bayerische SPD an der CDU in fünf Punkten:

1. Die CSU klagt gegen sich selbst, indem sie durch diese Klage den Freistaat benachteiligt habe.
2. Die SPD bezeichnet die CSU als „verkehrte Welt“⁷⁵, denn die CSU habe im Jahre 2001 nach der Verabschiedung des Finanzausgleichs unter der Führung von Edmund Stoiber mitgeteilt, dass der deutsche Föderalismus der Sieger sei und dass alle Länder mit dem Ergebnis höchst zufrieden sein könnten. Am 28. November 2006 habe der damalige Finanzminister Bayerns Kurt Faltlhauser (CSU) erklärt, dass die CSU diesem Finanzausgleich und auch dem Solidarpakt II zustehen und dass Bayern damit bis 2019 einverstanden sei, obwohl es viel zahlen werde.
3. Die Klage solle die politischen Fehler der CSU vor den kommenden Wahlen verdecken.
4. Die SPD wirft auch der CSU vor, sie sei mit keinem klaren Konzept gekommen und die CSU habe kein durcharbeitetes Reformprogramm eines neuen Länderfinanzausgleichs vorgelegt.⁷⁶
5. Im Fünften Punkt äussert sich die SPD zu der Klage als zu einem hohen Risiko für Bayern: *„Sollte die Klage abgewiesen werden, würde dies die Verhandlungsposition Bayerns schwächen und schädigen, weil sich alle Nehmerländer auf die Verfassungsmäßigkeit berufen könnten und dies nicht nur beim Versuch von Nachverhandlungen, sondern auch bei den für 2019 anstehenden Neuverhandlungen vorbringen könnten. Darüber hinaus besteht sogar die Gefahr einer Verschlechterung: Das Bundesverfassungsgericht könnte nämlich – nachdem die Rolle der Gemeinden auch beim Fiskalpakt mit Recht betont worden ist – die kommunale Steuereinnahmen in den finanziellen Ländervergleich komplett einbeziehen (jetzt nur zu 64 Prozent) ,*

⁷⁵ Für einen Länderfinanzausgleich solidarisch und fair: Konsequenz verhandeln statt inkohärent klagen! [online]. SPD Bayern. [11.7.2013]. Zugang: http://bayernspd.de/workspace/media/static/f-02-2012_laenderfinanzausglei-503cce2539253.pdf

⁷⁶ Vgl. Für einen Länderfinanzausgleich solidarisch und fair: Konsequenz verhandeln statt inkohärent klagen! [online]. SPD Bayern. [11.7.2013]. Zugang: http://bayernspd.de/workspace/media/static/f-02-2012_laenderfinanzausglei-503cce2539253.pdf

was für Bayern auf eine Mehrbelastung hinauslaufen würde. Diese Risiken werden sich allerdings erst nach der Landtagswahl realisieren, da die Klage so spät eingereicht wird, dass vorher nicht einmal mehr die mündliche Verhandlung erfolgt.“⁷⁷

6.3.2.3 Die Ansichten der SPD in Hessen

Die hessische SPD bekennt sich in ihrem Parteiprogramm zu einer Reform des Länderfinanzausgleichs, allerdings müsse der Solidarstaat bewahrt werden, daher versteht sie, dass sie Solidarverpflichtungen gegenüber den anderen Bundesländern habe. Die hessische SPD werde jedoch eine Reform unterstützen, die die Belastung Hessens mindere und die Anreize für die Nehmerländer schaffe.⁷⁸

Der Generalsekretär der hessischen SPD Norbert Schmitt äußerte sich kritisch zu der von der Landesregierung eingereichten Klage und befürwortet das jetzige System: *„Eine nachvollziehbare, schlüssige Begründung ist für uns nicht erkennbar, denn die Höhe der Ausgleichszahlungen ist seit Jahren etwa konstant, für Hessen absolut und in Relation zu den Steuereinnahmen und seiner Finanzkraft sogar rückläufig. Im vergangenen Jahr zahlte Hessen die geringste Summe in den Ausgleichstopf seit 1996.“⁷⁹* Die Klage stelle ein unvorhersehbares Risiko für Hessen dar und gefährde es, indem das Ergebnis der Klage zu einem Bumerang-Effekt führen könne, da die Finanzkraft der Kommunen, die derzeit 64 Prozent betrage, künftig bis zu 100 Prozent gesteigert werden könne und wäre das so im Jahr 2011 gewesen, hätte Hessen 467 Mio. Euro mehr einzahlen müssen. *„Hessens Probleme sind nicht am Finanzausgleich per se festzumachen, sondern an seiner rückläufigen Finanzkraft. Im Jahre 2000 belief sich Hessens Finanzkraft auf 125,3 Prozent der*

⁷⁷ *Für einen Länderfinanzausgleich solidarisch und fair: Konsequenz verhandeln statt inkohärent klagen!* [online]. SPD Bayern. [11.7.2013]. Zugang: http://bayernspd.de/workspace/media/static/f-02-2012_laenderfinanzausglei-503cce2539253.pdf

⁷⁸ Vgl. 9 Haushalt und Finanzen. [online]. SPD Hessen. [12.7.2013]. Zugang: http://www.spd-hessen.de/db/docs/doc_20473_20081029115646.pdf

⁷⁹ *Norbert Schmitt (SPD): LFA-Klage ist Wahlkampfmanöver und birgt hohes Risiko für Hessen.* [online]. SPD-Fraktion Hessen. [13.7.2013]. Zugang: <http://www.spd-fraktion-hessen.de/meldungen/23108/127176/index.html>

*Ausgleichsmesszahl, 2012 wird dieser Parameter nach BMF-Schätzung nur noch den Wert von 111,1 Prozent betragen.*⁸⁰

6.3.2.4 Die Ansichten der SPD in Baden-Württemberg

In Ihrem Wahlprogramm bekennt sich die baden-württembergische SPD zur Neugestaltung des Länderfinanzausgleichs, jedoch dürfe die Solidarität der Länder nicht in Frage gestellt werden. Dies entspricht zwar dem bundesweiten Wahlprogramm, allerdings solle die Stellung Baden-Württembergs gestärkt werden: *„Und vor allem wollen wir den Bürgerinnen und Bürgern reinen Wein einschenken.“*⁸¹ Die SPD kritisiert in ihrem Landeswahlprogramm die CDU und FDP: Sie hätten zu lange ihren Wahlkampf mit leeren Versprechungen geführt.⁸²

Der Landesvorsitzende der SPD in Baden-Württemberg schloss sich den Ansichten der SPD in Bayern und Hessen an und in einer gemeinsamen Erklärung mit Florian Pronold, dem Landesvorsitzenden der bayerischen SPD und Thorsten Schäfer-Gümbel, dem Landesvorsitzenden der hessischen SPD äußerte er sich in einer Nachricht auf ihrer Website zum Finanzausgleich: Die bayerische und hessische Landesregierungen klagten gegen sich selbst und wollten so ihr eigenes politisches Versagen verdecken, da sie für die jetzige Gestaltung des Länderfinanzausgleichs gestimmt hätten. Sie hätten kein ausgearbeitetes Konzept für die Neugestaltung des Länderfinanzausgleichs und die Klage sei risikoreich, denn sie erschwere die Verhandlungen.

Die SPD in Baden-Württemberg zusammen mit der in Bayern und Hessen forderten bessere Anreizstrukturen für die Geberländer und die sog. Kommission III, die die offenen Fragen zur jetzigen Form des Länderfinanzausgleichs sowie des Solidarpaktes II klären sollte.

⁸⁰ Norbert Schmitt (SPD): *LFA-Klage ist Wahlkampfmanöver und birgt hohes Risiko für Hessen*. [online]. SPD-Fraktion Hessen. [13.7.2013]. Zugang: <http://www.spd-fraktion-hessen.de/meldungen/23108/127176/index.html>

⁸¹ *Regierungsprogramm der SPD Baden-Württemberg. 2011-2016*. [online]. SPD. [14.7.2013]. Zugang: <http://www.warumspd.de/regierungsprogramm.pdf>

⁸² Vgl. *Regierungsprogramm der SPD Baden-Württemberg. 2011-2016*. [online]. SPD. [14.7.2013]. Zugang: <http://www.warumspd.de/regierungsprogramm.pdf>

Die Ansichten der SPD in Baden-Württemberg decken sich mit den von der SPD in Bayern und Hessen und gegenüber den bundesweiten Beschlüssen forderten sie eine stärkere Position der jeweiligen Länder im Rahmen des Länderfinanzausgleichs.⁸³

6.3.2.5 Die Ansichten der SPD in Berlin

Die SPD in Berlin informiert auf Ihrer Website, dass der neue Finanzausgleich nach 2019 stärker von den Bundesleistungen unterstützt werden solle. Die Bedürftigkeit neben der Finanzkraft der Bundesländer müssten auch ein Maßstab sein. Falls dies nicht der Fall wäre, könnten wichtige öffentliche Investitionen nicht durchgeführt werden und infolgedessen wären manche Regionen abgehängt, so im Programm.⁸⁴

Der Berliner SPD-Landervorsitzende Jan Stöß wirft in einer Pressemitteilung Bayern vor, die Klage gegen den Länderfinanzausgleich sei unsolidarisch und kurzsichtig. Er führte weiter an, die Klage sei ein klarer Abbruch politischer Absprachen, denn Bayern habe dem Länderfinanzausgleich bis 2019 zugestimmt: *„Vielleicht ist es Horst Seehofer auch entfallen, dass Bayern Jahrzehnte vom Länderfinanzausgleich profitierte. Ein Schelm, der da nicht an den Wahlkampf in Bayern 2013 denkt. Statt den Länderfinanzausgleich fortlaufend in Frage zu stellen, muss viel eher die Verschuldung der Länder gemeinsam angegangen werden. Eine Möglichkeit wäre, anstatt den Solidaritätszuschlag 2019 abzuschaffen, ihn für die Deckung der Altschulden der Länder zu nutzen. Der Solidaritätszuschlag ist bei den Menschen etabliert. Davon profitieren dann alle Bundesländer – von Bayern bis Bremen. Die jetzige Klage aus Bayern ist unsolidarisch und kurzsichtig.“*⁸⁵

Der regierende Bürgermeister Berlins Klaus Wowereit sagte, die Klage sei keine Schlagzeile wert, denn Bayern und Hessen klagten gegen sich selbst, sie hätten nämlich die Klage mitverabschiedet. Die Solidarität gehe durch die Klage verloren und die Einwohner der Nehmerländer würden dadurch beunruhigt.⁸⁶

⁸³ Vgl. *Gemeinsame Erklärung zur Reform des Länderfinanzausgleichs: „Verhandeln statt Polemisieren!“* [online]. SPD Baden-Württemberg. [14.7.2013]. Zugang: <http://www.spd-bw.de/index.php?nr=65490&menu=1>

⁸⁴ Vgl. *Friedrich-Ebert-Stiftung: Reformierter Finanzausgleich muss Kommunen unterstützen.* [online]. SPD Berlin. [14.7.2013]. Zugang: <http://www.spd-berlin.de/service/dienstagsbrief/nr-22-25-6-2013/komplettansicht/>

⁸⁵ Stöß: *„Klage aus Bayern ist unsolidarisch und kurzsichtig.“* [online]. SPD Berlin. [14.7.2013]. Zugang: <http://www.spd-berlin.de/presse/pressemitteilungen/2012-juli-bis-september/12-07-17-laenderfinanzausgleich/>

⁸⁶ Vgl. *Klage gegen Länderfinanzausgleich. Fünf im Armenhaus.* [online]. Potsdamer Neueste Nachrichten. [15.7.2013]. Zugang: <http://www.pnn.de/brandenburg-berlin/737202/>

Die Berliner SPD befürwortet die bundesweiten Beschlüsse und setzt sich stark zur Wehr gegen die Klage. Die SPD ist die Regierende Partei in Berlin, zusammen mit der CDU, und verteidigt die Interessen des Landes, d.h. der Finanzausgleich solle bestehen und Berlin solidarisch unterstützt werden.⁸⁷

6.3.2.6 Die Ansichten der SPD in Sachsen

Die SPD in Sachsen weist auf Ihrer Website auf die bundesweiten Beschlüsse und unterstützt deren Ideen auch für ihr Bundesland. Das heißt, die Ansichten der SPD, was den Finanzausgleich angeht, decken sich mit den bundesweiten.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag Martin Dulig übt starke Kritik an der bayerischen Regierung und teilte mit: *„Der Wahlkampf des bayrischen Ministerpräsidenten nimmt immer skurrilere Züge an: Erst verkündet Seehofer, dass Bayern 2030 schuldenfrei sein soll, dann stellt er fest, dass dies auf legalem Wege nicht zu erreichen ist. Deshalb stellt er nun alle Zahlungsverpflichtungen infrage. Dabei vergisst er geflissentlich, dass er diesen Länderfinanzausgleich einst mitverhandelt hat.“*⁸⁸

Die Solidarität sei keine Einbahnstraße und Bayern solle nicht vergessen, dass es bis 1989 auch ein Nehmerland gewesen sei. Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland lägen im Interesse aller Politiker. Martin Dulig behauptete weiterhin, dass bis 2019, wenn der jetzige Finanzausgleich auslaufe, eine tragfähige Diskussion geführt werden solle, um die Reform für die nächsten Jahre auszuhandeln. Populistische Versuche und Auseinandersetzungen vor dem Gericht hätten niemandem.⁸⁹

6.3.2.7 Zusammenfassend zur SPD

Die politische Partei spricht sich für eine weitgehende und starke Solidarität unter den Bundesländern in der BRD aus. In den Geberländern ist jedoch eine Tendenz zu beobachten, die zeigt, dass die SPD dort zwar den solidarischen Finanzausgleich fordert, jedoch sollte ihre finanzielle Lage gegenüber den Nehmerländern gestärkt werden.

⁸⁷ Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung: Reformierter Finanzausgleich muss Kommunen unterstützen. [online]. SPD Berlin. [14.7.2013]. Zugang: <http://www.spd-berlin.de/service/dienstagsbrief/nr-22-25-6-2013/komplettansicht/>

⁸⁸ Dulig zum Länderfinanzausgleich: „Solidarität ist keine Einbahnstraße“. [online]. SPD Sachsen. [15.7.2013]. Zugang: <http://spd-sachsen.de/aktuell/sachsen/dulig-zum-laenderfinanzausgleich-solidaritaet-ist-keine-einbahnstrasse>

⁸⁹ Vgl. Dulig zum Länderfinanzausgleich: „Solidarität ist keine Einbahnstraße“. [online]. SPD Sachsen. [15.7.2013]. Zugang: <http://spd-sachsen.de/aktuell/sachsen/dulig-zum-laenderfinanzausgleich-solidaritaet-ist-keine-einbahnstrasse>

Die SPD kritisiert scharf die CDU/CSU und wirft ihr vor, sie verletze die Solidarität in der BRD, die ein wesentlicher Teil des Föderalismus ist.

Man kann behaupten, die Länder- und Parteiinteressen decken sich im Allgemeinen, obwohl ein gewisser Ruf nach einer günstigeren Reform für die Geberländern zu sehen ist.

6.3.3 Die Ansichten anderer politischer Parteien

In diesem Kapitel werden noch kurz und bündig die bundesweiten Ansichten der im derzeitigen Bundestag vertretenen politischen Parteien erläutert, um die politische Lage zu diesem Thema zu ergänzen. Jedoch wird bei den Grünen in Baden-Württemberg ein selbstständiger Absatz zur Klage gegen den Finanzausgleich hinzugefügt, denn die Grünen sind die größte Regierungspartei in Baden-Württemberg.

6.3.3.1 Bündnis 90/Die Grünen

Für die Grünen ist die Umwelt und Ökologie einer der wichtigsten Punkte in ihrem Wahlprogramm, sie sprechen sich in ihrem Wahlprogramm auch für die soziale Nachhaltigkeit aus und zum Thema Finanzausgleich äußern sie sich folgenderweise:

*„Die Verhandlungen über die Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen sind verzwickelt. Die derzeitige Mittelverteilung gleicht einem unübersichtlichen Flickenteppich und diese Verstrickung der Einnahmequellen verhindert eine sinnvolle Überwindung der strukturellen Finanzierungslücke in den Kommunen.“*⁹⁰ Die Grünen forderten eine neue Gestaltung des Länderfinanzausgleichs nach dem Jahr 2019, die mit einer Föderalismusreform III verbunden wäre. Die Grünen würden den Finanzausgleich so gestalten, dass er nach Bedürftigkeit, fair, anreizkompatibel und solidarisch sei. Die Bundesländer müssten von ihrer Anstrengung für Mehreinnahmen, Effizienz und Sparen profitieren. Für die Grünen sei es klar, dass das Grundgesetz wieder gemeinsames Handeln von Bund, Ländern und Kommunen ermöglichen solle.⁹¹

Der Ministerpräsident von Baden-Württemberg Winfried Kretschmann ist ein Mitglied der Grünen als der größten Regierungspartei in diesem Bundesland. In einer Pressemitteilung

⁹⁰ *Zeit für den GrünenWandel. Teilhaben. Einmischen. Zukunft schaffen. Bundestagswahlprogramm 2013 von Bündnis90/Die Grünen.* [online]. Bündnis 90/Die Grünen. [16.7.2013]. Zugang:

http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Gruenes-Bundestagswahlprogramm-2013.pdf

⁹¹ Vgl. *Zeit für den GrünenWandel. Teilhaben. Einmischen. Zukunft schaffen. Bundestagswahlprogramm 2013 von Bündnis90/Die Grünen.* [online]. Bündnis 90/Die Grünen. [16.7.2013]. Zugang:

http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Gruenes-Bundestagswahlprogramm-2013.pdf

sagte er, die Klage gegen den Finanzausgleich sei das letzte Mittel. Er nehme die eingereichte Klage von Bayern und Hessen mit Sorgen wahr. Die Politik müsse beweisen, dass sie selbst gestalten könne.

Er erklärt, warum die Grünen in Baden-Württemberg nicht klagen wollen: *„Ich habe einen Verhandlungsprozess angestoßen, um diesen ungerechten Länderfinanzausgleich zu reformieren. Die Politik muss zeigen, dass sie selber gestalten kann. Zu klagen, darf nur das letzte Mittel sein. Jetzt ist nicht der richtige Zeitpunkt für eine Klage, weil die Finanzministerkonferenz vorklären will, was in eine Neugestaltung der Finanzbeziehungen einbezogen werden soll. Selbst wenn eine Klage Erfolg hat, wird das Bundesverfassungsgericht das Thema zurückgeben an den Gesetzgeber. Verhandeln müssen wir sowieso.“*⁹² Er sagt außerdem ebenfalls, dass das Bundesverfassungsgericht einige Jahre zu einem Urteil brauche, daher sei Verhandeln effektiver.

Kretschmann setzt sich weiterhin für die Föderalismuskommission III, die die Verhandlungen zur Reform vorbereiten sollte, wie die Grünen bundesweit abgeschlossen haben. Für eine neue Reform fordert er, dass der Länderfinanzausgleich anreizfreundlicher sein solle.⁹³

6.3.3.2 Die Freie Demokratische Partei

In ihrem Programm äußert sich die FDP zu einer umfassenden Reform des Finanzausgleichs, indem eine Föderalismuskommission gebildet werde, die *„gemeinsam, partnerschaftlich und entschlossen“*⁹⁴ verhandeln werde. Die FDP sehe als richtiges Mittel den Ausbau der Finanzautonomie. Der Finanzausgleich solle Wachstum und Sparsamkeit nicht bestrafen, sondern belohnen. Die Landes- und Bundessteuern sollten stärker getrennt werden. Ein effizientes Konnexitätsprinzip solle auch bestehen, die Gemeinden dürften von Bund oder Ländern nicht mit zusätzlichen Aufgaben betraut werden, wenn die Finanzierung durch den Gesetzgeber gewährleistet sei. *„Wer bestellt, der bezahlt“*⁹⁵, schreibt die liberale FDP.⁹⁶

⁹² *Klage gegen Finanzausgleich nur als letztes Mittel*. [online]. Baden-Württemberg. [16.7.2013]. Zugang: <http://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/klage-gegen-finanzausgleich-nur-als-letztes-mittel/>

⁹³ Vgl. *Klage gegen Finanzausgleich nur als letztes Mittel*. [online]. Baden-Württemberg. [16.7.2013]. Zugang: <http://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/klage-gegen-finanzausgleich-nur-als-letztes-mittel/>

⁹⁴ *Bürgerprogramm 2013*. [online]. Freie Demokratische Partei. Die Liberalen. [16.7.2013]. Zugang: <http://www.fdp.de/files/408/Buergerprogramm-2013-Wahlprogramm-der-FDP.pdf>

⁹⁵ *Bürgerprogramm 2013*. [online]. Freie Demokratische Partei. Die Liberalen. [16.7.2013]. Zugang: <http://www.fdp.de/files/408/Buergerprogramm-2013-Wahlprogramm-der-FDP.pdf>

6.3.3.3 Die Linke

Die linksorientierte politische Partei lehnt einen in den letzten Jahren zunehmenden Wettbewerbsföderalismus ab, der von der CDU/CSU und der FDP gefordert werde. Die Klage gegen den Finanzausgleich wird ebenfalls abgelehnt.

Laut Der Linke bestünden wenige Anreize bei dem derzeitigen Länderfinanzausgleich sowohl für die Geber-, als auch für die Nehmerländer. Die Linke sehe den Finanzausgleich als zwingend für die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in der ganzen BRD. Sie schlage vor, einen mehrstufigen Länderfinanzausgleich zu gestalten. Das Steueraufkommen zwischen Bund und Ländern solle von einem größeren Teil geteilt werden als heutzutage. Die Linke fordere eine dritte Föderalismuskommission, die die Reform des Länderfinanzausgleichs vorbereiten sollte.⁹⁷

⁹⁶ Vgl. *Bürgerprogramm 2013*. [online]. Frei Demokratische Partei. Die Liberalen. [16.7.2013]. Zugang: <http://www.fdp.de/files/408/Buergerprogramm-2013-Wahlprogramm-der-FDP.pdf>

⁹⁷ Vgl. *Länderfinanzausgleich*. [online]. Die Linke im Bundestag. [16.7.2013]. Zugang: <http://www.linksfraktion.de/themen/laenderfinanzausgleich/>

6.4 Zusammenfassend zu den Länder- und Parteiinteressen

Wie man in den vorangehenden Kapiteln lesen konnte, stimmen die Länderinteressen mit den Parteiinteressen mit leichten Abweichungen überein. Eine Ausnahme stellt hier die Berliner CDU dar, die eine Klage gegen den Länderfinanzausgleich ablehnt.

Die Länderinteressen spielen bei der Durchsetzung der Parteiinteressen eine wesentliche Rolle, jedoch werden die bundesweiten Beschlüsse unterstützt. Alle politischen Parteien, die in dieser Arbeit behandelt wurden, fordern eine Reform des Länderfinanzausgleichs. Allerdings unterscheidet sich hier der Zeitpunkt, wann dies geschehen sollte. Die CDU/CSU vor allem in Bayern, Hessen und Baden-Württemberg fordert eine möglichst schnelle Änderung, deswegen wurde die Klage eingereicht. Bei den anderen Parteien sieht man, dass sie eine Reform erst mit dem Auslaufen der derzeitigen Gestaltung des Finanzausgleichs unterstützen.

Alle Parteien in den Geberländern sprechen sich für eine stärkere Entlastung ihrer finanziellen Lage, was im Interesse ihrer Bürger liegt. Trotzdem bleiben die bundesweiten Beschlüsse gewahrt, außer der Berliner CDU. In den Nehmerländern besteht eine Zustimmung mit dem Finanzausgleich und einzelne politische Parteien schlagen Änderungen so vor, dass sie den bundesweiten Beschlüssen entsprechen, d.h. bei der CDU eher zu mehr Wettbewerb unter den Ländern, bei der SPD zur Verwahrung der möglichst gleichen Lebensverhältnisse in den Bundesländern.

Der Finanzausgleich gehört zu heiklen Angelegenheiten, denn es geht um viel Geld. Alle politischen Parteien sind sich nämlich dessen bewusst, dass der Finanzausgleich einerseits einen festen Bestandteil des Föderalismus darstellt und dass der Finanzausgleich andererseits in irgendeiner Form existieren muss.

7. Resümee

Der Finanzausgleich in der Bundesrepublik Deutschland regelt die vertikale und horizontale Verteilung der Steuereinnahmen unter drei Gebietskörperschaften – Bund, Bundesländern und Kommunen. Der Finanzausgleich bildet einen der Grundsteine des Föderalismus in der BRD.

Die derzeitige Gestaltung des Finanzausgleichs weist laut den politischen Parteien Mängel auf, vor allem sprechen sich gegen den jetzigen Finanzausgleich die drei Nehmerländer und deren zwei – von der CDU größtenteils regierte Bayern und Hessen – reichten eine Klage ein. Alle politischen Parteien erkennen die Existenz des Finanzausgleichs an. Allerdings, während die CDU/CSU die Einreichung der Klage und mehr Wettbewerbsföderalismus unterstützt, stellt die SPD sich ihr gegenüber und setzt mehr Solidarität unter den Bundesländern durch. Die politischen Parteien unterstützen zwar ihre bundesweiten Beschlüsse, jedoch entsteht in den Geberländern ein Ruf danach, die finanzielle Belastung dieser Länder zu verringern.

Der Finanzausgleich ist reformbedürftig und eine weitere Diskussion wird mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes erwartet und daher bieten sich andere Gelegenheiten zur Behandlung dieses viel besprochenen Themas an.

8. Druckquellen

- [1] BOSSERT, Albrecht; LAMPERT, Heinz: *Die Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der Europäischen Union*. München, 2004.
- [2] PEFKEOVEN, Rolf: *Einführung in die Grundbegriffe der Finanzwissenschaft*. Darmstadt, 1996.
- [3] BAUER, Max; RIEDEL, Hartwig; THULL, Beate; WISSEL, Manfred: *Wirtschaft und Politik im Zeitalter der Globalisierung*. Bamberg, 2005.
- [4] Finanzausgleich. In: *Wie funktioniert das? Wirtschaft heute*. Mannheim, 1999. Seiten 216-219.